

Danziger

# Vandees Zeitung

Westpreussisches Volksblatt

Danziger Volksblatt

**Bezugspreis:** Durch Austräger oder Zweigstellen monatlich 2,50 RM., durch die Post in Preußen und Deutschland 3,00 RM., nach Pommern 3,50 RM., nach Ostpreußen 4,00 RM., durch die Post 4,25 RM., nach Polen nur unter Kreuzband 8,25 RM., Einzelpreis 0,15 RM. bzw. 0,25 RM. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezugsnehmer oder Abnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang verspätet oder nicht erscheint. Unverlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt.

**Anzeigen für den Freistaat Danzig Pommern und die östlichen Gebiete**

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatlänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“.

**Maßnahmenpreise und -bedingungen:** Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 RM., im Beilagenenteil (31 mm breit) 50 RM. Auslandspreise, Beilagen und Rabatte nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Platz- und Zeitungsverträge sowie telefonische Bestellungen und Abbestellungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler insofern unbedingten Manuskripts oder tel. Aufträge keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung, Konturufen, Vergleichen und gerichtl. Streitigkeiten kein Rabatt. Gerichtsstand für beide Teile Danzig.

## Reichskanzler Hitler über Deutschlands Außenpolitik

# Befennnis des neuen Deutschland zu Friede und Abrüstung

Die große Kanzlerrede vor dem Reichstag — Erneute Betonung der unbedingten Forderung nach Gleichberechtigung — Einmütige Billigung durch den Reichstag.

Die Tagesordnung der gestrigen dritten Sitzung des Reichstages enthält als einzigen Punkt: **Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.** Im Sitzungssaal des Kroll-Theaters, der in der gleichen Weise wie bei der Eröffnungssitzung ausgeschmückt war, hatten sich schon eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn die ersten Reichstagsabgeordneten eingefunden. Sehr frühzeitig war auch die Diplomatenloge mit den Vertretern fast aller Auslandsmissionen besetzt, die zum Teil mit ihren Damen erschienen waren.

Der Kronprinz nahm auch diesmal in feidgrauer Uniform in der Diplomatenloge an der Sitzung teil. Fünf Minuten vor 3 Uhr erschienen Vizekanzler von Papen, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk am Regierungstisch. Ihnen folgten bald darauf die übrigen Reichsminister, der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, und die Reichstagsführer. Deutschlands Vertreter auf der Genfer Abrüstungskonferenz, Reichsjäger Adolphy, war anwesend. Der sonst vollbesetzte Saal wies nur in den Bänken der Sozialdemokraten einige Lücken auf.

### Reichstagspräsident Göring

eröffnete die dritte Sitzung des Reichstages mit folgender Begrüßungsansprache: Deutsche Männer und Frauen! Sie sind heute in einer ersten Stunde zusammengekommen. Es gilt einer Schicksalsfrage unserer Nation. Wohl kaum jemals zuvor war der Reichstag zu einer solchen ersten Frage, zu einer ersten Stunde einberufen worden. Die deutsche Reichsregierung wünscht ihre Wünsche und ihre Ziele in dieser schwierigen Frage dem ganzen deutschen Volke klarzulegen und hat deshalb beschlossen, zum deutschen Volk zu sprechen, indem sie diese Ziele und Absichten vor der deutschen Volksvertretung bekanntgibt.

Reichstagspräsident Göring erteilte dann das Wort dem

### Reichskanzler Adolf Hitler

Reichskanzler Adolf Hitler nahm das Wort zu folgender Erklärung:

Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten Göring gebeten, den Deutschen Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen

## Neues in Kürze

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den Reichsaußenminister und Reichswirtschaftsminister Eugen Berg sowie den stellvertretenden Führer der deutschen Nationalen Front, von Winterfeldt, zum gemeinsamen Vortrag.

Wegen der Verhaftung von zehn in Wismar in Wohnstätten Reichsdeutschen ist die deutsche Gesandtschaft in Prag beim tschechoslowakischen Außenministerium vorzeitig geworden. Es wurde angefragt, welche strafbaren Handlungen den Verhafteten zur Last gelegt wurden und um welche Verheimlichung der eingeleiteten Untersuchung gebeten.

Wie das W.D.Z.-Blatt meldet, haben die Sozialdemokraten im Reichstags-Plenar einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, die Beschlagnahme des Vermögensbestandes der Sozialdemokratischen Partei aufzuheben.

Wie die „Liberté“ meldet, hat die amerikanische Volkspartei in Paris mitgeteilt, daß der amerikanische Delegierte Norman Davis seine für gestern abend vorgesehene Abreise nach Genf verschoben hat.

In der am Münchener Flughafen gelegenen Reichs-Brandwein-Monopolgesellschaft ereignete sich gestern nachmittag zwei Spiritusexplosionen, durch die ein Arbeiter getötet und sieben schwer verletzt wurden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gestern abend glatt in Friedrichshafen gelandet. Führer war Kapitän Lehmann, an Bord befanden sich sieben Passagiere. Dr. Edener ist in Südamerika zurückgeblieben.

Nach einem Neuterbericht sind nach Zusammenstoßen in Porto Alegre (Brasilien) mit der Polizei neun deutsche Nationalsozialisten festgenommen worden, unter ihnen der Parteiführer in der Provinz Rio Grande do Sul.

Der Führer des Zentrums, Dr. Brüning, wurde gestern gegen mittag vom Reichskanzler zu einer politischen Aussprache empfangen.

Hg. Thomas Esser, der sich seit einigen Wochen in Schutzhaft befand, ist jetzt nach einer polizeilichen Vernehmung aus der Haft entlassen worden. Infolge der gesundheitlichen Schäden, die er in der Schutzhaft erlitten hat, muß er einen längeren Genesungsurlaub antreten.

Der Gauwirtschaftsleiter des Zentrumsorgans „Mittelrheinische Volkszeitung“ in Bingen wurde am Dienstag in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager nach Dillenburg gebracht.

Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die ganze Welt bewegen. Die Ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt.

Wenn ich dabei für die deutsche Regierung dem Wunsch Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der uns alle beherrschenden Erkenntnis,

daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst jenen Leidenschaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einsicht und die Klugheit der Völker verdunkelt haben.

Denn alle die Krisen verursachenden Probleme liegen in den Anfängen des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidendsten Fragen für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen; weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten. Es ist daher verständlich, daß

### der Gedanke einer Revision

nicht nur zu den dauernden Begleitererscheinungen und Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern daß eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgeesehen wurde und daher im Vertrag selbst ihre rechtliche Verantwortung fand.

Wenn ich kurz auf die Probleme, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, eingehe, dann geschieht es deshalb, weil durch das Versagen auf diesem Gebiete

sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben haben, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden.

### Die politisch-nationalen Probleme sind folgende:

Durch viele Jahrhunderte entwickelten sich die europäischen Staaten und ihre Grenzziehung aus Auffassungen, die nur ausschließlich eines staatlichen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des Nationalitätsprinzips im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurde infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideale durch die auf anderen Voraussetzungen entstandenen Staaten die Reihe zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip in höchstmöglicher Weise gerecht wurde. Je klarer durch eine solche Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr konnte dadurch eine große Reihe künftiger Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick auf die Zukunft für Sieger und Besiegte vielleicht die Blutzugabe des großen Krieges nicht ganz vergeblich hätte erscheinen lassen, weil durch sie der Welt die Grundlage für einen wirklichen dauernden Frieden gegeben worden wäre.

Tatsächlich entschloß man sich aber teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und Unbilligkeit trugen.

Folgendes waren

## die wirtschaftlichen Probleme

die dieser Konferenz zur Lösung vorlagen: Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Ueberfüllung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur dem dort gewohnten Lebensstandard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen, dann mußte man statt der unfruchtbaren und gefährlichen Begriffe Buße, Strafe, Wiedergutmachung usw. die Begriffe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Existenzmöglichkeit immer die Quelle von Völkerverfehlungen gewesen ist (stürmischer Beifall). Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, mußte man überlegen, wie eine Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vorgenommen werden könne, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker in höchstmöglichem Umfang gerecht wurde.

Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiete weiterhin zu leben.

(Erneute Zustimmung.) Die Meinung, daß die wirtschaftliche Vernichtung eines 65 Millionen-Volkes anderen Völkern einen nützlichen Dienst erweise, ist eine unsinnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren würden, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volk bereiten wollten.

Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann.

(Zustimmung.) Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den einzelnen Volkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde (sehr richtig). Der Versuch, eine solche Entwid-

lung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exportes durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umfänglich und im Ergebnis falsch. Denn die Umschuldung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zirkel, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltbörsemärkten durch dauernde Preisunterbietungen führte zu einer Ueberfüllung der Rationalisierungsmaschinen in der Wirtschaft.

### Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung.

Wollte man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann mußte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Wirtshausentwicklung der also beglückten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfang (Fortsetzung auf der 2. Seite).

## Einmütige Billigung der Kanzlerrede durch den Reichstag

Nachdem gestern vor dem Reichstag Reichskanzler Hitler seine Ausführungen über Deutschlands Außenpolitik gemacht hatte, erhob sich Reichstagspräsident Göring und führte aus: Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Durch die Initiative der Parteien des Deutschen Reichstages ist mir folgende Entschließung zugegangen, die ich hiermit zur Verlesung bringe:

Die Fraktionen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben folgende Entschließung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen:

Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung. (Stürmischer Beifall.)

Männer und Frauen, so fuhr der Reichstagspräsident fort, wir kommen jetzt zur Abstimmung über diese Entschließung. Diejenigen Abgeordneten, die dieser Entschließung beitreten wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

Es erhoben sich sämtliche Reichstagsabgeordneten, so daß die Entschließung einstimmig (also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten D. Schriftst.) angenommen ist.

Ausgehendem Beifall durchbraute das Haus. Auch Reichskanzler Hitler beteiligte sich am Handklatzen. — Die nationalsozialistische Fraktion stimmt das Deutschlandlied an, das von allen Fraktionen und von allen in dem überfüllten Saal Anwesenden begeistert mitgenommen wurde.

## Deutschlands außenpolitische Lage

### Gedanken zur gestrigen Kanzlerrede

Nahzu ein Jahr ist vergangen, seitdem Reichskanzler Dr. Brüning gestirzt wurde, gestürzt nicht durch die Mehrheit des Reichstages, sondern durch ein Intrigen- und Kollisionspiel. Damals wurde der Kanzler gestürzt, dem es dank seiner geschickten Diplomatie, dank seiner Klarheit und Festigkeit, dank des Vertrauens, das ihm die ganze Welt entgegenbrachte, gelungen war, Deutschland aus seiner Isolierung und Verfehlung herauszuführen, den um Deutschland gelagerten geschlossenen Ring der Feinde zu sprengen, Frankreich und dessen Trabanten zu isolieren. Es war ihm gelungen, nicht nur einen Aufschub, sondern eine praktische Streichung der unsinnigen Reparationen zu erreichen, die völlige Gleichberechtigung Deutschlands im Rate der Völker war gesichert, die Verfehlung Deutschlands nahezu völlig beseitigt und es waren die ersten bedeutenden Anfänge gemacht, um Deutschland auch praktisch, d. h. vornehmlich in der Frage der Abrüstung, die völlige Gleichheit und Gleichberechtigung zu gewähren.

Inzwischen haben sich seit dem Sturze Brünnings die außenpolitischen Verhältnisse grundlegend geändert. Es ist ein ungeheurer Rückschlag eingetreten. Es ist heute nicht unsere Aufgabe, den Gründen für den Rückschlag nachzugehen. Wir haben nur die Tatsache festzustellen, die unbestreitbar ist, vor denen niemand die Augen verschließen kann und darf. Alles das, was Dr. Brüning außenpolitisch erkämpft und errungen hatte, liegt zertrümmert am Boden. Der Ring der Feinde um Deutschland hat sich wieder vollständig geschlossen, Deutschland steht in der Welt wieder völlig einsam und verlassen da. Ja noch mehr! In der ganzen Welt hat sich gegen Deutschland eine Atmosphäre des Mißtrauens, ja der Abneigung und des Hasses gebildet, die nur verglichen werden kann mit jener Atmosphäre, die bei Kriegsausbruch gegen Deutschland herrschte. Deutschland wird allüberall beschuldigt als der Friedensstörer, ihm wird militärische Aufrüstung und Kriegswille, Unerbittlichkeit usw. nachgesagt, Deutschland soll die Schuld daran tragen, daß die Abrüstungskonferenz nicht vorwärts kommt, ja daß sie daran ist, vollkommen zu scheitern. Ja es ist schon so weit, daß verantwortliche Staatsmänner von Sanktionen gegen Deutschland sprechen, daß sie Deutschland ganz offen als den Friedensstörer bezeichnen und auch bereits ganz offen Deutschland die Verantwortung für alle Mißbilligungen aufladen.

Eine Stimmung und Meinung herrscht in der Welt gegen Deutschland, wie sie etwa bei Kriegsausbruch 1914 herrschte, und die Atmosphäre war in den letzten Wochen bis zur Explosion gelangt. Nur eines Funnens hätte es bedurft, um die Welt wieder in Flammen zu setzen. Wir hier in Danzig haben ja diese Atmosphäre selbst genugsam gemerkt, denn es ist ja Tatsache, daß man die Gefühle, die man gegen Deutschland hegt, ganz automatisch auch auf das deutsche Danzig überträgt, und in demselben Maße, in dem Deutschland isoliert und bekämpft wurde, in demselben Maße verschlechterte sich auch die Stimmung gegen Danzig, wurde Danzigs Lage ernster und kritischer, wurden Danzigs Freunde und Verteidiger geringer an Zahl.

Die außenpolitische Lage mußte eine Entspannung erfahren, sollte es nicht zur Katastrophe kommen. Dies war namentlich notwendig nach dem Gang der Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz, wo man Deutschland die Gleichberechtigung verweigerte, wo man neue Lasten auf Deutschlands Schultern legte, wo man Deutschland die Verantwortung für das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen aufbürdete, Deutschland als den Friedensstörer und Kriegstreiber hinstellen wollte.

In diesem kritischen der Augenblicke, da die Abrüstungskonferenz im Stadium höchster Krise steht, war es notwendig, daß Deutschland abermals klar und deutlich durch den Mund des verantwortlichen Kanzlers vor aller Welt seinen Standpunkt darlegte. Das ist gestern geschehen vor dem Reichstage in einer Form und in einer Art, die nicht nur die einstimmige Zustimmung des gesamten Reichstages, sondern auch die Zustimmung des gesamten deutschen Volkes gefunden hat. In dieser Frage ist sich das ganze deutsche Volk einig, und es ist

aufs freudigste zu begrüßen, daß diese Einmütigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes auch nach außen in der einmütig angenommenen Entschlossenheit zum Ausdruck gekommen ist. Von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten einschließlich steht das deutsche Volk in seinen außenpolitischen Forderungen wie ein Mann da.

Reichskanzler Hitler hat in seiner Rede mit aller nur wünschenswerten Klarheit und Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk den aufrichtigen und ernsten Willen haben, an dem großen Werk einer wirklichen internationalen Entspannung und Befriedung mitzuwirken. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hat sich das deutsche Volk durch den Mund des Kanzlers zum Frieden und zum Gedanken der Abrüstung, zur Achtung der Verträge und zu friedlicher Zusammenarbeit mit allen Völkern und Nationen bekannt. Hier ist kein Zweifel gelassen worden, kein Engländer, kein Franzose, kein Pole oder sonstwer hat nunmehr die Möglichkeit, die deutsche Außenpolitik anzuzweifeln oder zu verdächtigen. Das deutsche Volk hat sich durch den Mund des Kanzlers klar und ehrlich für die Sache des Friedens entschieden, für einen Frieden aber auf der Grundlage der nationalen Selbstachtung und der internationalen Gleichberechtigung.

Und hier liegen die Kernpunkte der Rede, hier liegen die Angelpunkte für die Entwicklung in der Zukunft. Auch das neue Deutschland hat sich wie das eben verlassene zur Achtung und Respektierung der Verträge bekannt, freilich mit der Einschränkung, daß Verträge nicht von ewiger Dauer sind, daß sie geändert werden können. Der Kanzler hat sich zur friedlichen Vervollständigung der Verträge, wo sie sich als unhaltbar und unvernünftig erwiesen haben, bekannt, und mit besonderem Nachdruck hat er betont, daß derartige Veränderungen in diesen Verträgen selbst vorgesehen sind. Damit hat er sich praktisch auf den Standpunkt gestellt, den alle deutschen Regierungen vor ihm eingenommen haben, denn auch sie haben ständig Revision gefordert, ja ihr ganzes Arbeiten war auf die Revision des unheilbar Gewordenen gerichtet.

Mit besonderem Nachdruck und mit besonderer Ausführlichkeit hat der Kanzler Deutschlands Forderung auf volle Gleichberechtigung behandelt und hat auch die Lüge von der Alleinherrschaft Deutschlands am Rande, aus der ja die Diffamierung Deutschlands hergeleitet wird, zurückgewiesen.

Es dürfte keinen Deutschen geben, der dem Kanzler hier und in dem, was er über die Abrüstung gesagt hat, nicht voll und ganz zustimmen würde. Es sind dies alles ja auch keine neuen Gedanken, es sind das die Gedanken, die auch alle früheren Regierungen immer wieder bald in dieser, bald in jener Form mehr oder weniger scharf ausgesprochen haben, namentlich ist dies lehrreich durch Reichskanzler Dr. Brüning geblieben. Alles das, was Reichskanzler Hitler gestern ausgesprochen und ausgesprochen hat, deckt sich voll und ganz mit dem, wofür wir, wofür die Deutsche Zentrumspartei, wofür alle deutschen Regierungen in all den verflochtenen Jahren gekämpft und gelitten haben. Auch diese Kanzlerrede, der wir voll und ganz zustimmen, beweist, daß wir mit unserer Politik auf dem rechten Wege gewesen sind, daß namentlich wir Zentrumsleute in dieser Hinsicht nicht umzulernen brauchen, daß wir vielmehr in dieser Linie allezeit gekämpft haben. Man vergleiche einmal nur die Rede Dr. Brünnings mit der gestrigen Hitlers, und man wird da feststellen, daß Dr. Brüning das Ziel der deutschen Außenpolitik genau so umschrieben hat, wenn auch mit anderen Worten und in anderen Formulierungen.

Der deutsche Kanzler, das deutsche Volk, hat gesprochen. Die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Dinge in Europa und über dies hinaus in der ganzen Welt liegt nun bei den anderen Mächten. Die gestrige Kanzlerrede war ein einziger Appell an die Vernunft, sie war eine letzte Warnung vor dem drohenden Chaos. Der Kanzler hat seinen Zweifel darüber gelassen, welchen Weg Deutschland zu beschreiten willens ist, wenn ihm nicht endlich auch praktisch die volle Gleichberechtigung gewährt wird. Gerade in der Abrüstungsfrage hat der Kanzler ein außerordentlich weitgehendes Entgegenkommen Deutschlands ausgesagt und dafür auch praktische Vorschläge gemacht. Er hat aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland willens ist, aus der Abrüstungskonferenz und möglicherweise auch aus dem Völkerverbund auszuscheiden, wenn die anderen Mächte nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharren. Die deutsche Forderung nach der neuen Regierung ist nun klar, niemand kann jetzt mehr die wahren Absichten Deutschlands mißdeuten, das gesamte deutsche Volk bekennt sich zu diesem Programm, das das Programm auch der früheren Regierungen war. An den anderen Mächten ist es nun, ihrerseits zu handeln, um Europa und der ganzen Welt politischen Frieden und mit ihm wirtschaftlichen Aufstieg zu bringen.

Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. (Zustimmung.) Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchzuführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Mein dieses Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte (Beifall).

Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet.

Die deutsche Regierung wünscht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nicht anderes als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen sowie die unbestreitbaren Erkenntnisse der kritischen und logischen Vernunft.

Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich eindeutig.

Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung.

## Wie steht es mit der Abrüstung?

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, da hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. (Zustimmung.)

Denn Deutschland hat abgerüstet, und Deutschland hat diese Abrüstung unter schärfster internationaler Kontrolle vollzogen.

Sechs Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert oder zerstört, 13 Tausend Maschinengewehre, riesige Mengen Maschinengewehrpatronen, 91.000 Geschütze, 88,75 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen- und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstört oder ausgeliefert müssen. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Festungen wurden geschleift, unsere Schiffe wurden ausgeliefert, die Flugzeuge zerstört, unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung von Reservisten dadurch verhindert. Selbst die notwendigen Waffen der Verteidigung blieben uns verjagt.

Wer heute versucht, gegenüber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzutreten und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt oder hätte gar auferlegt, dessen Auffassung muß ich von dieser Stelle aus als ebenso unehrlich wie unfair zurückweisen. (Erneute Zustimmung.)

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß Deutschland etwa personell Verpflichtungen des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die Angabe, daß die SA und die SS der Nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünde, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reservisten der Armee handeln würde, ist unrichtig! (Beifall.)

Die unverantwortliche Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel erkennen: Im vergangenen Jahr fand in Brinn der Prozeß gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei statt. Durch vereidete Sachverständige der tschechoslowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angehörigen stünden in Beziehung zur Nationalsozialistischen Partei Deutschlands, befänden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volksportvereins damit gleichzusetzen den Mitgliedern der SA und SS in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reservearmee darstellten.

In derselben Zeit befah aber die SA und SS, genau so wie die Nationalsozialistische Partei überhaupt nicht nur keine Beziehung zur Reichswehr, sondern sie wurde im Gegenteil als staatsfeindliche Organisation verfolgt, verboten und endlich aufgelöst. In darüber hinaus: Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, Angehörige der SA und der SS, waren nicht nur von allen staatlichen Ämtern ausgeschlossen, sondern sie durften nicht einmal als Arbeiter in Heeresbetrieben aufgenommen werden.

Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wurden auf Grund dieser falschen Darstellung zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Tatsächlich ist die SA und SS der Nationalsozialistischen Partei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Ausrüstung entstanden aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Befestigung der kommunistischen Gefahr, die Ausbildung ohne jede Anlehnung an das Heer, nur berechnet für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, psychologische Massenwirkung und Niederbreckung des kommunistischen Terrors.

Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innenpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrkräfte anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehren, die Turnvereine, die Wach- und Schützengesellschaften und andere als Wehrmacht anrechnen. Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserven der anderen bewußt überlistet, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß. Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Mittel. Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu erklären:

Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen

Die schlimmste Auswirkung findet diese Ordnung in der erzwungenen Wehrlosigkeit der Nation gegenüber den überlegenen Rüstungen der anderen. Wenn Deutschland seit Jahren mimentweg die Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:

Erstens ist die Forderung nach einer tatsächlichen zum Ausdruck gekommenen Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt worden ist und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung.

Zweitens weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig anfechtbar erhalten werden kann, sondern ihr einmal ein Ende gesetzt werden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Unrecht einer großen Nation aufzulegen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwicklung der Jahrhunderte? Das deutsche Volk wird bleiben genau wie das französische und, wie durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische.

Was sind Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsache. Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neuentstandenen jungen europäischen Nationalstaaten als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. (Lebhafte Zustimmung.) Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

weit über die Grenzen jeder Billigkeit, so jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100.000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt.

Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes den von dem neuen Regime zunächst als unsicher vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen und nach der siegreichen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergeben, erfüllen.

Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreich immer wieder die Forderung aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, des Kellogg-Paktes, der Schiedsgerichtsverträge usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können? (Sehr richtig.)

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerverbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 4048, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermessliche Mengen an Reserveflugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen.

Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit, Sicherheit zu verlangen als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Rüstungsstaaten?

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind, und dies Deutschland zugute kommt.

Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso reiflos das gleiche tun würden.

(Lebhafter Beifall.) Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Regierung steht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinstellung aufgewungen wird, ohne die Zuhilfenahme einer zum mindesten qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der von Deutschland nicht gewünschten, sondern erst vom Auslande auferlegten Wehreinstellung Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten.

Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Ubergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird.

Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach einem Ausspruch des französischen Kriegsministers vom Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festlande verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften. Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des französischen Heeres zu berücksichtigen.

## Bekenntnis des neuen Deutschland zu Frieden und Abrüstung

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktion der Völker auf das höchste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Neuentfaltung die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint.

(Beifall.) Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innerwohnenden Unvernunft und der vorauszuweisenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Versailler Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Das ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also immer die Schuld an Auseinandersetzungen der Besiegte tragen, denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsnorm.

Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht. Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in dem Augenblick proklamiert, in dem ein Bund der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte.

(Zustimmung.) Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehrlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte der europäischen Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konfliktsstoffe zu vermindern, sondern führten nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortwährende Unruhe und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Weltwirtschaft zu werden drohen. (Beifall.) Wenn im Völkerverbund jene Ueberlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft siegen.

Der Völkerverbund hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen, Nichtgerüsteten bei solchen An-

lassen keine merkliche Hilfe zukommen zu lassen vermocht.

(Erneute Zustimmung.) Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung. Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller.

Rein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwa bessere zu setzen.

Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendwelcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen als sie heute besteht. Selbst bei ausfallgegendem Erfolg einer neuen europäischen Gewalttätigkeit würde als Ergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichtes eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegenstände und neue Verwicklungen gelegt werden. (Stürmischer Beifall.)

Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftskrise würden die Folge sein.

Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung führen. Ein in kommunistischem Chaos verfallendes Europa würde eine Krise von unabsehbarer Ausmaße und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören.

Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unheilvolle Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines in verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volkstaates und die Erhaltung des Begriffes Eigentum als Grundlage unserer Kultur.

2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückbildung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion.

3. Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht. (Lebhafter Beifall.)

Wir kennen daher auch nicht den Begriff der Germanisierung.

Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarn und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten auch in Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wäre. (Erneuter stürmischer Beifall.) Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offenzuhalten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen.

## Um die Revision der Verträge

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefe Verständnis besetzt für die gleichen Gefühle und Gefinnungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. (Beifall.)

Die Generation dieses jungen Deutschland, die in ihrem bisherigen Leben nur Not, Elend und Jammer des eigenen Volkes kennenlernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche den anderen zuzufügen.

Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. (Brausende.) Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gefinnung heraus

# Ein ernstes Wort an das katholische Volk!

Von einem katholischen Laien.

Uns wird geschrieben:

Bedarf es überhaupt einer Erwähnung, daß jeder Katholik nur in der Zentrumsparlei die Partei sehen darf, welche für ihn in Frage kommt? Im Grunde genommen nicht, aber jetzt bei den vielen Versprechungen und Wahlmanövern ist es wohl angebracht, noch einmal jedem Katholiken zu zeigen, weshalb ein Unrecht wir begehen, wenn wir die einzige für uns Katholiken nur in Frage kommende Partei übergehen sollten.

Schreiber dieser Zeilen ist kein Abgeordneter, auch kein Kandidat! Ich stehe auch nicht an führender Stelle der Zentrumsparlei, sondern bin ein Mann aus dem Volke, der nur aus tiefer Sorge für das Wohl unseres lieben Danzig und nicht zuletzt aus Sorge für unsere katholischen Brüder und Schwestern seine warnende Stimme erheben möchte.

Wir Katholiken sollten doch endlich einmal aus den vielen, vielen Beispielen gelernt haben,

wie man in sämtlichen anderen Parteien uns behandelt und unseren Glauben beschmückt hat und uns auch heute noch nur als Menschen zweiter Klasse ansehen möchte. Gewiß, das Schicksal, was einem Menschen zugefügt wird, vergißt man leider allzu schnell. Und wir Katholiken besonders! Da treten plötzlich ein paar Wichtigkeiten, Wahrsager und Propheten auf, die den Menschen Sonntag um den Mund schmieren und alles besser versprechen und machen wollen als unsere bewährten Führer. Und wir? Wir laufen mit und schreien Hurra! Und das Aufwachen nachher? Das bringt Einsicht und Klarheit! Doch leider zu spät!

Wo soll das Geld für die vielen Feiern und Aufzüge herkommen? Wer trägt die Lasten? Das Volk! Brüning hatte keine Zeit zum Feiern! Sein Leitmotiv war: Gerechtigkeit, Arbeit und Opfer sind die Wegbereiter zu Deutschlands Aufstieg und Freiheit. Das Gleiche gilt für Danzig. Polen wartet nur auf eine Gelegenheit, um Danzig an sich zu reißen.

Sein und Nichtsein unseres kleinen Staates hängt von diesem Wahlausfall ab.

Wollen wir noch mehr Uneinigkeit in unser kleines Staatswesen hineinbringen? Wollen wir unsere katholischen Interessen an deren Überleben, die noch nie etwas für uns übrig hatten? Nur das Zentrum kann unseren Glauben verteidigen und schützen!

Trotzdem auch unsere Führer von der Zentrumsparlei nicht alles recht machen konnten, weil sie im Interesse des Staatswohls, Kompromisse sogar mit ihren ärgsten Gegnern eingehen mußten und in ihren Entschlüssen überstimmt wurden, trotzdem auch wir mit vielem nicht zufrieden waren, weil allen Recht zu machen eine Kunst ist, die niemand kann, sind wir nicht wortbrüchig, so treulos, und verlassen unsere Zentrumsparlei, das allbewährte Zentrum, das uns allein nur retten kann.

Katholisches Volk, erwache endlich!

Laufen wir uns nicht überbieten und nicht durch leere Versprechungen einspielen! Überlegen wir uns nur die Frage, was haben wir Katholiken von anderen Parteien zu erwarten? Nichts! Nur eine Zerschlagung unseres kath. Glaubens, das ist ihr aller Ziel!

Werden die in den anderen Parteien sitzenden bekannten Gegner unserer christlichen Ideen auch nur einmal für uns Katholiken eintreten? Im Gegenteil, ihr Bestreben ist es ja, die Katholiken überall auszuschalten und an ihre Stelle lieber Leute ihrer Gesinnung anzustellen. Kennt ihr nicht die Bestrebungen der anderen Parteien? Alles, was sich katholisch nennt, ist schon gewissen Leuten ein Grauel. Wie es früher gewesen, so ist es jetzt! Denken wir doch einmal an die früheren Zeiten zurück, denken wir an die Verfolgungen während des Kulturkampfes und denken wir an die vielen Vorkommnisse der Dreyfußzeit. Wie steht es bei unseren Verwaltungen? Hört ihr schon einmal hinter die Kulissen geschaut? Fragt nur einmal unsere Vertreter, die werden Euch erzählen können! Alles, was katholisch ist, wirkt auf gewisse Leute wie ein rotes Tuch; wenn es gilt, die christlichen Grundsätze und die katholische Religion zu unterdrücken, dann sind sich rechts und links einig, dann ist ihnen jedes Mittel recht, dann geht sogar die äußerste Rechte mit der äußersten Linken Arm in Arm.

Jeder Katholik muß es deshalb für seine unbedingte Pflicht ansehen, innerhalb seines Bekanntenkreises dahin zu arbeiten, daß jede Stimme der Zentrumsparlei zukommt.

Die Katholiken müssen endlich einsehen, daß gerade sie sich zu einem festen Block aufzusammenschließen müssen, um nicht wieder auf die Stufe der Vorkriegszeit zurückgedrückt zu werden. Allzu schnell haben wir die Zeit vergessen, wo unsere Religion schon genötigt, um uns jede Auftriebsmöglichkeit zu verbauen. Haben wir es nicht an eigenen Leiden erfahren, wie man uns behandelt, wie man hinter unserem Rücken arbeitet, gegen uns boht und uns nur als Menschen zweiter Klasse behandeln möchte? Das ist früher so gewesen und leider auch heute noch zum großen Teil der Fall. In den Augen freundlich und nett — der Schein muß doch gewahrt werden — aber hinten, wo du es kaum merkst, da wird mit Hochdruck gearbeitet. Kennst du nicht die von der Elberfelder Zentrumsparlei seinerzeit herausgegebene Broschüre mit dem Titel: „Der Katholik und die Politik der Stadt Elberfeld“? Diese Schrift beweist gerade zur Genüge, wie sich rechts und links einig waren, als es hieß, einen katholischen Kandidaten durchzubringen. Im Kuratorium einer Elberfelder Mittelschule wurde der deutsch-nationale Vertreter gefragt, wie er zu einem katholischen Kandidaten für die Direktorstelle stehe. Die Antwort lautete: „Der Katholik, eben weil er Katholik ist, kommt für mich nicht in Frage, obgleich ich dessen Eignung anerkenne“. Und weiter hatten dort die Deutschnationalen im Bunde mit den Völkischen, einem Teile der Volkspartei und der Sozialisten einem kommunistischen Antrage zugestimmt, der die preussische Regierung zur Ablehnung des Kandidats aufforderte!

Noch andere Beispiele könnten angeführt werden, die beweisen, wie die Zentrumsparlei in den Rathäusern um kulturelle Forderungen mit den anderen Parteien kämpfen mußte. Beispiele, die beweisen, wie jeder Katholik schon einzig und allein zur Rettung und Wahrung seines Glaubens auf dem Posten sein mußte. Unsere „Danziger Landeszeitung“ hat im Laufe der Jahre genügend Tatsachen gebracht. Wer die treffenden Beispiele und Artikel in der „Landeszeitung“ verfolgt hat, der weiß schon, wofin die anderen steuern. Der weiß, daß für ihn als Katholiken nur einzig und allein das Zentrum in Frage kommt. Darum sollten schon aus dem Grunde, um die Wahrheit des Zentrumsprogramms und das Spiel der „anderen“ zu verstehen, die etwas lauen und gleichgültigen Katholiken der „Landeszeitung“ mehr Interesse entgegenbringen. Dann würden

sie in vieler Hinsicht anders denken und die Verlockungen verstreuen und daraus ihre Nutzenwendung ziehen.

Die Partei, die uns Katholiken vertritt, ist und bleibt die Zentrumsparlei.

Für einen vollen Sieg dieser Partei zu kämpfen, muß Ehrenpflicht jedes Katholiken sein. Es gibt für uns Katholiken — mag es nun Beamter, Arbeiter, Kaufmann, Akademiker oder Industrieller sein — nur eine Partei und das ist die allbewährte Zentrumsparlei. Welche andere Partei vertritt unsere Interessen gerade in religiöser, kultureller und auch nationaler Hinsicht so zielbewußt wie die Zentrumsparlei. Keine! Im Gegenteil, die anderen arbeiten alle ohne Ausnahme gegen uns und setzen, wie wir täglich sehen, Ammenmärchen in die Welt, um dem katholischen Volksteil Sand in die Augen zu streuen. Es ist ihnen schon immer ein Dorn im Auge gewesen, daß das katholische Volk so geschlossen und einig dastand, seine persönlichen Wünsche in den Hintergrund stellte und in erster Linie für seine christlichen Grundsätze bis zum äußersten eintritt. In dieser unserer Einigkeit lag nur unsere Stärke!

Dann endlich müssen wir gelernt haben, daß wir dann etwas durchsetzen und erreichen werden, wenn wir mehr Zentrumsvertreter haben werden. Wir wollen alle treu und fest zueinander stehen und eine starke Mauer wider unsere Gegner bilden. Alle für einen und einer für alle! Wir wollen unseren über ihre Kräfte nur für das Staatswohl arbeitenden Führern die Treue halten und sie, die allein es bisher verstanden haben, den Freistaat vor dem Zusammenbruch und dem Nichtssein zu retten, in ihren Bestrebungen unterstützen. Unser bewährter Führer, Prälat Sawaghi, ist ein echter Zentrumsmann, denn er ist ein Mann der Tat; er hat einst an der Wiege der Danziger Zentrumsparlei gestanden, als einziger für die katholischen Belange sich eingesetzt und gekämpft; er verspricht nur das, was er auch später halten kann. Keine leeren Worte, keine leeren Versprechungen, wie sie ja von allen anderen in der Wahlzeit in so freigiebiger Weise gegeben und nachher doch niemals gehalten werden können.

Die leeren Versprechungen, Anpreisungen und Phrasen sollen nur Opium für das Volk sein.

Nun, katholisches Volk, wähle selbst! Willst du unseren wahrheitsliebenden Zentrumsführern folgen oder den Parteifängern,

die jetzt in Massen den kleinen Freistaat durchziehen und ihrer Gier die lieblichsten Lüne entlocken? Katholisches Volk, Vorsicht, vor diesen Parteifängern! Die Zentrumsparlei und an ihrer Spitze der tatkräftige Führer, Prälat Sawaghi, macht keine großen Versprechungen und stellt dem Wähler keine wirtschaftlich zu günstigen Ansichten usw., sondern was die Zentrumsparlei verspricht, das hält sie auch:

Ihre ganze Kraft einzusetzen in der Arbeit für ein freies, deutsches Danzig, für das Wohl des Volkes und das Staatsganze, nach bestem Wissen und Gewissen politisch im kommenden Volkstag zu streben zum Wohle aller Stände, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei als solche Vorteil oder Nachteil davon erleidet. Die Zentrumsparlei hat noch niemals Parteipolitikenpolitik getrieben und wird diese auch im kommenden Volkstag nicht treiben, sondern nur Staats- und Wirtschaftspolitik nach den Grundrissen der Zentrumsparlei.

Die Zentrumsparlei hat bisher zielbewußt und unerschrocken nach diesen Grundrissen gearbeitet. Gewiß ist das Erstrebte von ihr nicht immer erreicht worden — die Widerstände waren oft stärker als sie —, aber sie hat getan und erreicht, was in ihrer Macht stand. Allen recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann. Sehen wir uns doch nur die aufgestellten aussichtsreichsten Vertreter bei den anderen Parteien an? Gibt es dort auch nur einen wirklichen Katholiken? Und diese Vertreter sollen dich, deine Wünsche und deine Grundsätze und deine Weltanschauung etwa vertreten? Nein, nochmals nein!

Treu unserer Scholle, treu unserem Glauben und unserer Zentrumsparlei!

Die Fahne, der unsere Vorfahren, Großeltern und Eltern treu bis ins Grab gedient haben, wollen wir um schönerer Versprechungen, aus Angst und Eigennutz jetzt etwa verlassen? Wäre das nicht ein Undant? Lassen wir die anderen nur lachen und drohen, reden und schimpfen, wir lassen uns nicht einfangen! Sie wissen, daß wir gute Deutsche, aber auch gute Katholiken sind. Unsere Schwachen, abwärts stehenden, zögernden Freunde wollen wir abwehren, daß auch sie ihre Stimme der Zentrumsparlei geben.

Wir wollen einig sein!

Fort mit Parteihader und Parteipolitik! Wir Katholiken wollen alles Trennende in den Hintergrund stellen und nur die Partei am 28. Mai wählen, die für Wahrheit, Recht und Freiheit und für Gleichberechtigung eintritt, und das ist die Zentrumsparlei.

Nur ein starkes Zentrum kann uns retten!

Darum jede Stimme der allbewährten Zentrumsparlei!

Wollt Ihr ein freies deutsches Danzig?

Ja!

Wollt Ihr Recht, Ordnung und Freiheit?

Ja!

Wollt Ihr die Diktatur einer Partei?

Nein!

Dann wählt am 28. Mai

**Zentrum**

Die exprobtete Partei in schwerster Zeit!

**Wählt Liste 4!**

## Anglikanischer Erzbischof für St. Jahr-Feier.

London, 18. Mai. Der anglikanische Erzbischof von Canterbury, Dr. Temple, hat die Proklamierung des St. Jahres durch Papst Pius XI. ausdrücklich begrüßt und die Anglikaner eingeladen, sich mit den Katholiken zu vereinigen in der dankbaren Erinnerung an die Erlösung der Welt vor 1900 Jahren. Daraufhin hat eine Anzahl hoher anglikanischer Geistlicher öffentlich erklärt, daß dieser Meinung des Erzbischofs zustimmen nicht anzusehen zu können, schon deshalb nicht, weil das Jahr des Erlösungstodes Christi nicht ganz unzweifelhaft feststehe.

In seinem Organ, der „Canterbury Diocesan Gazette“, nimmt Dr. Temple hierzu Stellung. Er erklärt, in einer Zeit, in der der Geist der Einheitlichkeit besonders notwendig sei, liege kein Anlaß vor, daß das Sentimentum der Erlösung, dessen Feier der Papst angeordnet habe, nicht auch von den anderen christlichen Kirchen mitgefeiert werden. Die Tatsache, daß Pius XI. die Gläubigen der römisch-katholischen Kirche eingeladen habe, das Jahr 1933 als heiliges Jahr zur Erinnerung an den Erlösungstod Christi zu feiern, könne sehr wohl als Veranlassung dienen, daß auch die übrigen Christen der Welt sich in Eintracht mit den römischen Katholiken zusammenfinden in einer ehrfurchtsvollen und dankbaren Erinnerungsfeier an den weltgeschichtlichen Akt der Erlösung der Menschheit.

## Pilgerfahrt De Valeras nach Rom.

Dublin, 16. Mai. Ministerpräsident De Valera wird am 19. Mai eine Reise nach Rom antreten, um an der Feier des St. Jahres teilzunehmen. Auf der Reise wird er zwecks Beteiligung an der Jahrhundertfeier der Vereine vom Heiligen Vinzenz von Paul (Vinzenz-Vereine) seine Reise in Paris unterbrechen.

## Reliquien und moderne Zeit.

Hirtenbrief des Trierer Bischofs zur Ausstellung des Heiligen Rodes.

Trier, 16. Mai 1933. Bischof Dr. Bornemann von Trier erläßt einen Hirtenbrief zur Ausstellung des Heiligen Rodes. Er geht dabei grundsätzlich auf die Frage „Reliquien und moderne Zeit“ ein. Nach einer geschichtlichen Darstellung zur Ehre des in Trierer Dom aufbewahrten ungenährten Leibes Jesu Christi fährt der Bischof fort:

„Auch wir haben, im Bewußtsein unserer Verantwortung, zweimal, am 18. Juni 1930 und am 12. April 1933, eine eingehende Besichtigung vorgenommen und in tiefer Begeisterung und mit großer Freude feststel-

ten können, daß seit der letzten Ausstellung im Jahre 1891 auch nicht die geringste Veränderung eingetreten ist.“

Indes weiß jedes gut unterrichtete katholische Kind, daß es sich bei der Ausstellung und Verehrung des Leibes unseres Heilandes nicht um einen Glaubensartikel handelt. Weiß auch, daß niemand eine Sünde begeht, der sich nicht entschließen kann, eine einzelne bestimmte Reliquie zu verehren, an deren Echtheit er mit vernünftigen Gründen zweifelt. Die Erfahrung zeigt aber, daß manche sehr leichtfertig ohne zwingenden Grund und ohne sich ernst mit der Sache zu beschäftigen, die Echtheit einer vielleicht seit mehr als einem Jahrtausend von der Kirche zur Verehrung zugelassenen Reliquie in Zweifel ziehen und dadurch sich einer nicht geringen Pietätslosigkeit schuldig machen. Jedenfalls muß jeder gläubige katholische Christ sich grundsätzlich bewußt bleiben, daß es zum katholischen Glaubensgut gehört, den Reliquien des Herrn und seiner Heiligen Verehrung entgegenzubringen und ihnen mit Fug und Recht Ehrfurcht zu erweisen.“

Wer bloß kommen wollte, um eine — freilich begreifliche — Neugierde zu befriedigen, der möge allerdings lieber daheim bleiben. Die Wallfahrt muß gemacht werden im Geiste des Glaubens und in dem Willen, machen zu wollen in der Liebe Christi.

## Freiwillige katholische Sanitäter an der chinesisch-japanischen Front.

Peking, Anfang Mai 1933. Eine Gemeinschaft von 250 freiwilligen katholischen Sanitätern hat sich an die chinesisch-japanische Front begeben, um dort im Dienste der christlichen Liebe tätig zu sein. Die Gruppe steht unter Führung des Paters Vinzenz Lebbe, eines gebürtigen Belgiers, der als Priester die chinesische Staatsangehörigkeit erworben hat. Für die Aufnahme in die freiwillige Sanitätsgruppe hatte Pater Lebbe folgende Bedingungen gestellt:

1. daß die Gemeindebehörden jedes Bemerbers die Garantie für dessen moralische Qualitäten übernahm;
2. daß sämtliche Mitglieder der Familie des Bemerbers sich mit seinem Vorhaben einverstanden erklärten;
3. daß diese Familien von vornherein und freiwillig auf jede Entschädigung für den Fall des Todes oder der Verletzung des Bemerbers verzichteten.

Die Freiwilligengruppe wurde vom chinesischen Roten Kreuz und durch Freunde mit allem Notwendigen für ihre Tätigkeit an der Front ausgestattet. Pater Lebbe traf mit den chinesischen Militärbehörden folgende Vereinbarung:

1. Die Mitglieder der katholischen freiwilligen Sanitätsgruppe sind stets an die gefährlichsten Punkte in vorderster Front zu entsenden, vor allem dort hin, wo sich andere Sanitätsgruppen nicht gelangen zu können glauben.
2. Die Militärbehörden zerstören nicht die Wirkungsmöglichkeiten der Gruppe, indem sie sie etwa in zu kleine Gruppen unterteilen.

3. Pater Lebbe hat das Recht, als Führer der Gruppe sich ständig in deren unmittelbarer Nähe aufzuhalten. Der heroische Entschluß der freiwilligen Sanitätsgruppe findet auch in der gesamten heidnischen Presse Chinas hohe Anerkennung und uneingeschränktes Lob.

## Beklinger katholische Universität Steyler Missionaren übertragen.

Rom, 16. Mai 1933. Die katholische Universität in Peking ist, wie die Korrespondenz „Fides“ berichtet, auf besonderen Wunsch des Heiligen Vaters durch Brief der Congregation der Propaganda vom 24. April der amerikanischen Provinz der Gesellschaft des Göttlichen Wortes (Steyler Missionare) übertragen worden. Die Universität zählt gegenwärtig über eintausend Studenten und einen Lehrkörper von 72 Professoren, von denen 16 Amerikaner, 6 Europäer und 50 Chinesen sind. Sie ist eine Volluniversität, an der ausgezeichnete Wissenschaftler die Gebiete des gesamten Geisteslebens vertreten. Unter den deutschen Professoren ist besonders Pater Schmidt durch seine ethnologischen und ethnographischen Schriften bekannt. Da die Steyler Missionare eine deutsche Ordensgesellschaft sind, begrüßen die deutschen Katholiken die der Universität vom Papst Pius XI. gewidmete Anerkennung mit besonderer Freude. Umso mehr, als die Universität neben der Vermittlung katholischen Glaubensgutes auch durch Vermittlung deutschen Wissens und deutschen Könnens im Fernen Osten schon seit langem für unser Vaterland wirkt.

## Eine Nichte des Papstes — Filmschauspielerin!

Eine Nichte des Papstes hat die Laufbahn einer Filmschauspielerin eingeschlagen: Fräulein Sandra Ravel, die heute mit großem Erfolg in einem neuen italienischen Film in Rom erscheint. Ihr bürgerlicher Name ist Sandra Ratti. Bevor sie ihre Laufbahn begann, hat sie den Papst als Oberhaupt der Familie Ratti um seine Zustimmung. Der Papst erfüllte ihren Wunsch unter der Bedingung, daß sie ihren Namen ändere. Er selbst wählte ihren Künstlernamen Sandra Ravel. Fräulein Ravel ist eine zwanzigjährige Blondine, der man eine glänzende Zukunft als Filmschauspielerin prophezeit.

## Die katholische Tageszeitung

Ein bemerkenswertes Rundschreiben.

Der Nachfolger Benediktis XV. auf dem Erzbischöflichen Stuhl von Bologna, Kardinal Kajali-Rocca, veröffentlicht in Verfolg der Anregung des Kardinalstaatssekretärs Pacelli zur Veranstaltung eines Tages der guten Presse in Italien ein bemerkenswertes Rundschreiben an den Klerus seines Erzbistums, in welchem er unter Bestimmung des letzten Sonntags im Mai für diesen Zweck u. a. folgende eindrucksvolle Gedanken angibt:

Die katholische Tageszeitung hat wahrhaftig eine apostolische Sendung, wie wir das tausendmal schon sagten. Sie ist der wahre Gradmesser des Einflusses und der tatkräftigen Mitarbeit der Katholiken im christlichen Sinne in dieser durch verschiedene Vorgänge und Ideen so unruhigen Bewegung der menschlichen Gemeinschaft in der Gegenwart.

Die katholische Tagespresse dahinschießen lassen, bedeutet eine der schwersten Verantwortlichkeiten, die das Gewissen eines Katholiken und eines Priesters sich aufbürden kann! Eine katholische Zeitung zu kaufen nicht halten, das heißt abseits stehen und sich nicht verbunden fühlen mit dem großen Leben der Kirche. In der Tat, wer die katholische Tageszeitung nicht liest, weiß nicht über das Reich, was in dieser geistigen Gemeinschaft vor sich geht.

Zum Schluss laßt der Metropolit mit ergreifenden Worten zur Förderung und Unterstützung der in Bologna erscheinenden katholischen Tageszeitung „Benigno d'Italia“ ein und feiert dieses Blatt und seine Schriftleitung mit Gedanken, die man ohne weiteres auf so manchen Verlag und manche Redaktion der deutschen katholischen Presse anwenden könnte.

# Danziger Nachrichten

## Deutsches Christentum?

### Deutsche Nationalkirche?

P. Rektor Weber spricht in der R.D.M. Nordland.

Innerhalb der Arbeitsreihe der neustudentischen Verbindung Nordland i. S. B. „Deutsche Volkswirtschaft und katholische Kirche“ stand kürzlich obiges Besprechungsthema zur Diskussion. Zwei aktuelle Fragen, auch für uns Katholiken, die der Auseinandersetzung und Beantwortung bedürfen. P. Rektor Weber vom hiesigen Pallottinerkonvikt hatte sich liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt und führte einengangs folgendes Grundsätzliche aus:

Religion kann zweierlei geartet sein, sie kann objektiv und subjektiv ihren Grund haben. Innerhalb unseres katholischen Glaubens ist als Objektives der ganze Komplex der Heilstaten gegeben, unveränderlich, weil auf göttlicher Wahrheit beruhend. Es reicht vom Göttlichen in unsere irdische Natur hinein. Daneben aber läßt die katholische Glaubenslehre großen Spielraum für das Subjektive, sowohl des Einzelnen als auch eines ganzen Volkes, wobei allerdings die Art und Weise möglichst, unbewußt oder bewußt, sofort gewaltig ansteigt. Wir alle sind schließlich mehr oder weniger subjektiv gläubig. Es tritt der Wille dazu, gleichsam immer wieder ein Ziel zum Objektiven sehend. Und dieser Wille zur Objektivität braucht nicht gleich Fanatismus zu sein.

Anschließend an dieses Grundsätzliche zeigte der Redner noch einige Linien ins Klare. Wie das spezifisch „deutsche“ Christentum sich vom Objektiven nicht durch „Welens“ unterscheiden, sondern lediglich durch „Belebende“ Unterschiede abhebe. Gerade die Frage einer spezifisch „deutschen“ Frömmigkeit, löste nachher eine lebhafteste Diskussion aus. Ferner, wie in der Kirche offensichtlich — unbeschadet aller Objektivität — Perioden der Engherzigkeit und Weitherzigkeit wechseln; man sehe sich nur die orientalistischen Riten mit eigener Sprache und eigenen Formen, die Priesterliche in Disziplin usw. an. Ferner: wie in Deutschland die Trennung der Christen durch die Reformation sicherlich hemmend gewirkt hat für die Ausprägung nationaler Formen, weil ja die katholische Kirche leider so lange in der Defensive ihre Kräfte verbrauchte, wie aber schon seit Jahrhunderten brauchbare Anlässe im Kirchenlied, in den Festen u. a. vorhanden sind für ein bodenständiges deutsches Christentum. Wenn die Heidenmission heute keinen Europäismus in die Missionen verpflanzen will, so wirkt die Kirche selbst ja mit, national differenziertes Christentum aus dem Volkswort heraus wachsen zu lassen. Nur wenn das Volkstum sozialgenügend glücklich ist, hilft es mit, ein Deutschland von echter Farbe und tiefem Klang mitzubereiten.

Aus den Themen der Diskussion seien folgende Punkte hervorgehoben: Deutsche Frömmigkeit, deutsche Mystik und ihr Verhältnis zum ausländischen Katholizismus? Wiedervereinigung der christlichen Kirchen als Erfüllung einer alten Sehnsucht? Protestantische Reichskirche — katholischer Reichserzbischof? Gerade im gegenwärtigen Augenblick könnte der deutsche Katholizismus durch größere Betonung des Deutschen vor dem Römischen manche Pflichten aus der Zeit der Gegenreformation wieder auf machen. Leider hat auch der gemeinsame Volkskrieg 1914—18 nicht mit der Verleugung von dem mangelnden Deutschsein der Katholiken aufhören können. Die weitere Aussprache ging über die Wirkung der Anfälle in West- und Osteuropa, die ritualistische Richtung innerhalb des heutigen Protestantismus u. a. m.

Es war, wie immer, nur ein kleiner, lebendiger Kreis von Hochlandstudenten, Hochlandstudentinnen und einigen Freunden.

B. M.

## Das Zentrum marschiert auf dem Lande.

Ausgezeichnet besuchte Rundgebungen in Gr. Trampfen und Sobbowitz.

Letzten Sonntag fand in Gr. Trampfen die erste Wahlversammlung des Zentrums statt. Sie war eine erhebende Begegnung von froher Zuversicht, aber auch von freudiger Bereitschaft aller Teilnehmer, in großer Stunde fest zur Sache zu stehen. Der Pfarrer selbst hatte diesmal gerufen, und fast alle Kirchenbesucher, mit Ausnahme der Kinder und einiger weniger anderer, drängten in den Saal. Der ziemlich geräumige Saal der Gastwirtschaft Krause war überfüllt, und viele mußten draußen vor der offenen Tür stehen bleiben. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf rund vierhundert. Pfarrer Sedlitz als Hauptredner verteilte in großangelegtem Vortrag mit hinreichenden Worten

die Gistgaschwaben von Phrasen, Lüge und Verleumdung, und scharfsummiert trat das lichte Bild der staats- und volkstretenden Tätigkeit des Zentrums in den geschwätzten vierzehn

Nachkriegsjahren hervor: Der „Trümmerhaufen“ war wohl da, aber nicht am Ende, sondern am Anfang dieser vierzehn Jahre, und aus diesem Trümmerhaufen rettete das pflichttreue Eingreifen des Zentrums ein Volk aus Not, Elend und Untergang, mit tausend Schwierigkeiten, zu einer Zeit, als die „Allein-Nationalen“ von heute entweder noch nicht geboren waren oder sich unsichtbar gemacht hatten. Dies, und was der Redner von der Zukunftsmission des Zentrums sagte, fand freudigen Widerhall in der Versammlung, die man

als glänzenden Auftakt zum 28. Mai

betrachten darf.

Am selben Sonntag fand in derselben Pfarrei in Sobbowitz, am Abend eine zweite Zentrumsversammlung statt, auf der Senator Formell sprach. Auch hier das gleiche hoffnungsvolle Bild von gutem Willen und treuem Pflichtbewußtsein. Die braven Sobbowitzer Zentrumsmitglieder und Frauen, die schon mittags in Gr. Trampfen zur Versammlung gewesen waren, ließen es sich nicht nehmen, auch hier wieder vollständig zu erscheinen. Da war es für sie eine besondere Freude, als in ihrer Mitte unerwartet der Pfarrer in Begleitung der Herren Dekan Neltermann aus Weiskowalbe und Pfarrer Wohlfeil erschien.

## Gegen den Gewissenszwang der Nationalsozialisten

In einer außerordentlich stark besuchten Rundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Not im Schützenhause wandte sich der Landesführer der Deutschnationalen, Rechtsanwalt Weise, gegen das agitatorische Vorgehen der Nationalsozialisten. Der Redner führte u. a. folgendes aus:

Es war ein grober Fehler durch die Affäre gegen die Gewerkschaften, die deutsche Einheitsfront in Danzig zu gefährden. Daß es möglich war, daß deutsche Landsleute die Polen um Hilfe angerufen haben, war ein Verbrechen. Wir klagen an, daß von nationalsozialistischer Seite der Bruderzwist in das deutsche Danzig getragen wurde; daß die Gewissensfreiheit unterdrückt, daß Verbrechen und Terror von dieser Seite angewandt werden. Jede Partei will doch nur die in ihren Reihen haben, die gleichen Sinnes sind. Es stellt der NSDAP. kein gutes Zeugnis aus, daß sie durch Zwang Mitglieder wirbt und jede Kritik unterbindet. Der Redner wies darauf hin, daß die Deutschnationale Front alles getan habe, um mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen, daß sie aber hohnlachend abgewiesen sei. Dr. Kaufmann hat jetzt erklärt, die NSDAP. wolle auch in Zukunft nicht mit uns zusammengehen. Das ist die Antwort auf unsern Ruf nach der nationalen Einheitsfront.

Der nationalsozialistische „Vorposten“ trägt noch immer am Kopf die Worte: „Zurück zum Reich“. Der Redner fragte an, ob der „Vorposten“ diese Worte jetzt nicht freizugehen will, nachdem ihr Gauleiter Forster die Verträge anerkannt hat. Unser aller Wunsch ist, zurückzukehren zum Reich. Wir können uns nicht mit den Verträgen einverstanden erklären; die blutende Wunde im deutschen Osten, die uns das Versaillesiktat geschlagen hat, darf nicht für alle Zeit offen gehalten werden.

## Unerwünschter nächtlicher Besuch.

Der in Odra im Hause der Witwe G. wohnende Arbeiter A. kam in der Nacht angetrunken nach Hause. Statt nun seine Stube aufzusuchen, begab er sich in die Wohnung seiner Vermieterin, die er mit argen Schimpfwörtern belegte und bedrohte. In ihrer Angst flüchtete die G. aus ihrer Wohnung und ließ die Polizeiwache benachrichtigen. Als bald darauf ein Beamter erschien, richtete A. seine tätlichen Angriffe sofort gegen den Beamten. Er faßte diesen am Hals, worauf A. dann als Antwort sofort mehrere Hiebe mit dem Gummihüpfel bezog. Er gab sich aber immer noch nicht zufrieden, sondern drang erneut auf den Beamten ein, der sich gezwungen sah, den Angriff des A. mit einigen weiteren Schlägen mit dem „Taschen“ abzuwehren. Erst nach heftiger Gegenwehr gelang es dem Beamten schließlich, unter Anwendung stärke Gewalt, den rabiaten A. zu bändigen und zur Wache zu bringen.

## Schmugglerpech.

Der Händler S. aus Danzig wollte sich billig Fleisch verschaffen und war zu diesem Zweck nach Kartaus gefahren. Dort kaufte er in einer Fleischerei mehrere Stücke Karbonade im Gesamtgewicht von ca. einem Zentner. Dieses Fleisch

steckte er in einen Sack und benutzte zur Rückfahrt nach Danzig die Eisenbahn nur bis Langfuhr. Hier stieg er dann aus und ging zur Straßenbahn, um nach Danzig weiterzufahren. Wahrscheinlich fürchtete S., falls er im Zuge bis Danzig gefahren wäre, am Bahnhof von Zollbeamten angehalten und revidiert zu werden. Aber das Schicksal ereilte ihn auch in der Straßenbahn. Zu dieser wurde er von einem Schupo-beamten angehalten, dem der gefüllte Sack des S. verdächtig vorlief. S. mußte den Sack öffnen und als das Fleisch zum Vorschein kam, mußte es natürlich beschlagnahmt werden, weil es aus Polen eingeschmuggelt war. S. selbst mußte zur Wache mitgehen.

## Eine Kirchhofsdiebin abgefaßt.

Auf dem Barbarakirchhof wurde in den Vormittagsstunden eine Frau beobachtet, die sich in verdächtiger Weise an einem Grabe zu schaffen machte, auf dem mehrere frische Osterlilien standen. Der benachrichtigte Kirchhofsvorwarter kam hinzu und stellte sofort fest, daß die Osterlilien, die kurz vorher noch auf dem betr. Grabe gestanden hatten, fortgenommen waren. Die verdächtige Frau war inzwischen verschwunden; es gelang jedoch dem Vorwarter, sie noch am Kirchhofseingang zu stellen. Die Frau hatte ein Martnez bei sich, in dem sie einen Gegenstand in Papier eingewickelt trug. Die Frau erklärte auf Befragen, sie habe in dem Papier ein Juhr, das sie auf dem Markt gekauft haben wollte. Sie mußte auf Veranlassung des Vorwarters das Papier aufwickeln, und zum Vorschein kamen die verschwundenen Osterlilien. Die Diebin bestritt in ihrer Verstocktheit auch jetzt noch und wollte die Lilien jetzt auf dem Wochenmarkt gefaßt

## Ein Einheitsverband des Gaststättengewerbes

Landesverbandstag des Danziger Gaststättengewerbes — Rücktritt des bisherigen Vorstandes — Hotelbesitzer Graef-Neuteich als neuer Vorfiger.

Am gestrigen Mittwoch fand im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses der diesjährige Landesverbandstag des Danziger Gaststättengewerbes statt. Die Sitzung erhielt eine besondere Bedeutung durch den Zusammenschluß sämtlicher Organisationen des Danziger Gaststättengewerbes zu einem einheitlichen Verband, der nach dem Beispiel anderer Danziger wirtschaftlicher Vereinigungen eine nationalsozialistische Führung erhielt. Der bisherige Vorstand mit dem Ehrenvorsitzenden Bialke ist zum Zwecke der „Gleichschaltung“ von seinen Ämtern zurückgetreten.

Auf dem Vorhang der Bühne war, von beiden Seiten von Sakentanzfahnen und Vereinsbannern flankiert, das Bild Adolf Hitlers angebracht. Den musikalischen Teil der Tagung bestritt eine nationalsozialistische Kapelle.

Der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes, Bialke, begrüßte unter den erschienenen Gästen u. a. den Vertreter des Deutschen Generalkonsulats, Kanzler Bahr, und Vertreter der Presse. Unter Hinweis auf die politische Umwälzung im Reich gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die kommende Regierung in Danzig für die Noie und Sorgen der Gastwirte ein offenes Ohr haben möge.

Der Syndikus des Verbandes, Dr. Wehler, erstattete den Geschäftsbericht

über die Jahresarbeit des Vorstandes. Die allgemein trostlose Lage der Danziger Wirtschaft habe angesichts der Konjunkturschwäche gerade des Gaststättengewerbes die am Beginn des Berichtsjahres begabten Hoffnungen nach keiner Richtung erfüllt. Die Zahl der vor dem Arbeitsgericht geführten Prozesse hat eine erhebliche Vergrößerung erfahren. Von den Wohlfahrtsvereinigungen des Verbandes erwies sich namentlich die Sterbekasse als sehr leistungsfähig, die im Berichtsjahre insgesamt 14 500 Gulden zur Auszahlung brachte und seit Einführung der Gültensicherung bereits zirka 150 000 Gulden ausgezahlt hat. Die Tarifkommission brachte im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit treten, da der im vorausgegangenen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag in Geltung blieb. Die Förderung, die Kapellen ausschließlich aus Danziger Musikern zu bilden, lasse sich nach Ansicht des Verbandes mit Rücksicht auf die Ansprüche des Publikums nicht durchführen. Es sei daher zu wünschen, daß mit dem Reiche ein diesbezügliches Abkommen geschlossen werde. Angesichts der fortschreitenden Verelendung weiterer Gastwirtschaftskreise richtete der Verband am 29. Oktober v. J. einen Antrag an die Danziger Öffentlichkeit, der vom der Danziger Presse bereitwillig zum Ausdruck gebracht wurde und in weiteren Bevölkerungskreisen lebhaften Widerhall fand.

Nach Erstattung des Kassenerichts durch den Verbandskassiermeister P. Sch. erfolgte ohne Widerspruch die Entlastung des gesamten Vorstandes. Einstimmig genehmigte die Versammlung auch die Aufnahme des „Verbands der Gaststätteneinhaber und Spirituosenhändler e. V. Danzig“ und der Konditorzwangsinnung Danzig in den Verband, so daß nunmehr ein Einheitsverband für das Danziger Gaststättengewerbe geschaffen ist.

Anschließend hieran erfolgte die

„Gleichschaltung“ des Verbandes.

Der Führer des nationalsozialistischen Kampfbundes für den Mittelstand, Heilsberg, hielt eine Ansprache und ernannte im Anschluß hieran ohne Widerspruch zu finden, den neuen Vorstand, an dessen Spitze Hotelbesitzer Anton Graef-Neuteich, Gastwirt Walter Eichhorn-Danzig und Konditormeister Karl Braun stehen.

## Roßing in Warschau.

Wie die polnische Presse meldet, trifft der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Helmer Roßing, heute zu einem eintägigen Besuch in Warschau ein.

## Wieder ein Schüler vom Kraftwagen getötet

Am gestrigen Mittwoch gegen 15.25 Uhr ereignete sich in der Ringstraße, Ecke Heeresanger, ein tödlicher Unfall, dem bedauerlicherweise wieder ein Kind zum Opfer fiel. Der Personenkraftwagen D. 2903 fuhr auf der Ringstraße in Richtung des Brühlensweges. In Höhe des polnischen Studentenheimes lief plötzlich der 14 Jahre alte Schüler Rost Paul, Ringstraße 52 wohnhaft, über die Straße. Der Führer des Kraftwagens, Otto F., riß darauf den Wagen nach links herum und fuhr dabei über den Vorderrad auf die Radelfläche. Trotzdem wurde P. vom Wagen erfasst, zu Boden geschleudert und etwa vier Meter auf der Radelfläche mitgeschleift. Ein Arzt stellte bei dem Schüler einen schweren Schädelbruch fest und ordnete die Überführung in das Städt. Krankenhaus an. Auf dem Transport dorthin ist der Knabe verstorben.

haben. Ein hinzugeholter Polizeiarzt stellte in der Frau eine Rentnerin J. aus Schiditz fest.

## Vom Fahrrad gestürzt.

Der Schüler Bruno v. M., Gr. Waldorf wohnhaft, hatte sich gestern zusammen mit einem Freunde auf dessen Fahrrad gefaßt und fuhr damit in die Peter-Jüllengasse. Dort geriet plötzlich der am Rade hängende Schütz des Freundes in die Speichen des Vorderrades; das Rad überschlug sich und v. M. erlitt beim Sturz auf das Pflaster eine blutende Wunde am rechten Auge.

\* Am 31. Mai Schluß der Theaterpielzeit. Freitag findet die letzte Aufführung der Oper „Andine“ in dieser Spielzeit statt. Für Sonntagabend ist eine Wiederholung von Verdis Oper „Aida“ angefaßt. Die diesjährige Spielzeit schließt am 31. Mai, worauf besonders die Inhaber von „Nachreifen Mieten“ hingewiesen werden.

\* Preisermäßigung auf der Autobuslinie Danzig-Zoppot. Unter Hinweis auf das getrigge Jufert der Danziger Elektrischen Straßenbahn sei darauf aufmerksam gemacht, daß gegenüber dem 3. Jt. geltenden Höchstpreis für 3. B. die Strecke Danzig-Zoppot die Fahrt auf Einzelfahrkarten um 28 Prozent verbilligt ist; desgleichen berechnen die Fahrtscheine von Zoppot (Kursus) resp. Zoppot (Heinrichsallee) bis Danzig zur zugschlusfreien Weiterfahrt auf den Straßenbahnlinien vom Kohlenmarkt bis Langgarter Tor resp. Weibengasse. Die Fahrt von Innenstadt bis Zoppot kostet ab 21. 5. auf Sechser-Fahrtscheinen das gleiche wie die normale Fahrt mit der Staatsbahn II. Klasse.

## Ein Einheitsverband des Gaststättengewerbes

Landesverbandstag des Danziger Gaststättengewerbes — Rücktritt des bisherigen Vorstandes — Hotelbesitzer Graef-Neuteich als neuer Vorfiger.

Am gestrigen Mittwoch fand im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses der diesjährige Landesverbandstag des Danziger Gaststättengewerbes statt. Die Sitzung erhielt eine besondere Bedeutung durch den Zusammenschluß sämtlicher Organisationen des Danziger Gaststättengewerbes zu einem einheitlichen Verband, der nach dem Beispiel anderer Danziger wirtschaftlicher Vereinigungen eine nationalsozialistische Führung erhielt. Der bisherige Vorstand mit dem Ehrenvorsitzenden Bialke ist zum Zwecke der „Gleichschaltung“ von seinen Ämtern zurückgetreten.

Auf dem Vorhang der Bühne war, von beiden Seiten von Sakentanzfahnen und Vereinsbannern flankiert, das Bild Adolf Hitlers angebracht. Den musikalischen Teil der Tagung bestritt eine nationalsozialistische Kapelle.

Der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes, Bialke, begrüßte unter den erschienenen Gästen u. a. den Vertreter des Deutschen Generalkonsulats, Kanzler Bahr, und Vertreter der Presse. Unter Hinweis auf die politische Umwälzung im Reich gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die kommende Regierung in Danzig für die Noie und Sorgen der Gastwirte ein offenes Ohr haben möge.

Der Syndikus des Verbandes, Dr. Wehler, erstattete den Geschäftsbericht

über die Jahresarbeit des Vorstandes. Die allgemein trostlose Lage der Danziger Wirtschaft habe angesichts der Konjunkturschwäche gerade des Gaststättengewerbes die am Beginn des Berichtsjahres begabten Hoffnungen nach keiner Richtung erfüllt. Die Zahl der vor dem Arbeitsgericht geführten Prozesse hat eine erhebliche Vergrößerung erfahren. Von den Wohlfahrtsvereinigungen des Verbandes erwies sich namentlich die Sterbekasse als sehr leistungsfähig, die im Berichtsjahre insgesamt 14 500 Gulden zur Auszahlung brachte und seit Einführung der Gültensicherung bereits zirka 150 000 Gulden ausgezahlt hat. Die Tarifkommission brachte im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit treten, da der im vorausgegangenen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag in Geltung blieb. Die Förderung, die Kapellen ausschließlich aus Danziger Musikern zu bilden, lasse sich nach Ansicht des Verbandes mit Rücksicht auf die Ansprüche des Publikums nicht durchführen. Es sei daher zu wünschen, daß mit dem Reiche ein diesbezügliches Abkommen geschlossen werde. Angesichts der fortschreitenden Verelendung weiterer Gastwirtschaftskreise richtete der Verband am 29. Oktober v. J. einen Antrag an die Danziger Öffentlichkeit, der vom der Danziger Presse bereitwillig zum Ausdruck gebracht wurde und in weiteren Bevölkerungskreisen lebhaften Widerhall fand.

Nach Erstattung des Kassenerichts durch den Verbandskassiermeister P. Sch. erfolgte ohne Widerspruch die Entlastung des gesamten Vorstandes. Einstimmig genehmigte die Versammlung auch die Aufnahme des „Verbands der Gaststätteneinhaber und Spirituosenhändler e. V. Danzig“ und der Konditorzwangsinnung Danzig in den Verband, so daß nunmehr ein Einheitsverband für das Danziger Gaststättengewerbe geschaffen ist.

Anschließend hieran erfolgte die

„Gleichschaltung“ des Verbandes.

Der Führer des nationalsozialistischen Kampfbundes für den Mittelstand, Heilsberg, hielt eine Ansprache und ernannte im Anschluß hieran ohne Widerspruch zu finden, den neuen Vorstand, an dessen Spitze Hotelbesitzer Anton Graef-Neuteich, Gastwirt Walter Eichhorn-Danzig und Konditormeister Karl Braun stehen.

## Voruntersuchung im Falle Bankverein beendet.

Hauptverhandlung nicht vor Ende August.

Wie von seiten der Justizverwaltung mitgeteilt wird, ist die Voruntersuchung gegen den Direktor Grüne vom Danziger Bankverein beendet. In der Hauptsache richtete sich die Untersuchung gegen die Direktoren Grüne, Wollfowit und Orpel sowie gegen fünf weitere Angestellte und Aufsichtsratsmitglieder der Bank. Im Laufe der Untersuchung sind noch weitere Verfehlungen aufgedeckt worden. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft bereits zugegangen, so daß jetzt die Anklage formuliert werden kann.

Um das Hauptverfahren zu entlasten, werden kleinere Verfahren abgetrennt, von denen einzelne schon Ende dieses Monats verhandelt werden.

Die Hauptverhandlung soll nicht vor Ende August das Gericht beschäftigen, da Verteidigung und Staatsanwaltschaft viel Zeit brauchen, um sich in die Materie zu vertiefen.

Gell war ein guter Anweiser und verstand es ausgezeichnet, die Entseffung der Kampfstimmung in höchste Effekte zu führen.

Als der Schlitten nahe genug herangekommen war, wurden seine Inassen mit Flüssen und Schreien empfangen. Drohende Fährten reckten sich umpor. Was zum Wurfgeschöß bestimmt war, wurde geschleudert. Schnee und Eis überfluteten die Fahrenden. Gläser zerklüferten an der hölzernen Schlittenwand. Dann drang man vor, in dem Bestreben, zu überfallen und niederzufallen, hart, wüß und wuß. Die Gefahr war groß. Gegen vier Mann standen dreißig und mehr, wider acht Arme rannte der Sturm und die Wit, warf sich das zur Luft einer Gewalttätigkeit ausgegeißelte Rufen einer toben Menge.

Gabriel versuchte dem Anprall dadurch zu entgehen, daß er auf die Gänge hieb und danach trachtete, aus dem Bereich des Aufruhrs zu gelangen. Vergebene Anstrengung. Eine Mauer von Leibern schmiß sich wider die Pferde und hing sich an Zugseilen und Galkstern fest. Der Schlitten stand. Als sich Fährten dem Rehrer zuordneten und ihn herauszerrten wollten, sprangen Mehr und Heid auf, stemmten sich wieder den Anprall und hieben ebenso wie Gabriel auf die Bedränger ein. Wüßte Schlägerei wäre entstanden, vielleicht hätten schon gezückte Waffen der Beamten wundenbringende Arbeit geleistet, wenn nicht der ältere Halber aus dem Schlitten gesprungen und gegen Martin Kauler gerannt wäre. Kauler war ein Holzhacker, bekannt und gefürchtet wegen ungewöhnlicher Kraft, verschrien ob seiner Händelucht und gemieden wegen der Noheit, mit der sich in entzündende Zwifigkeiten mischte. Er hatte Hände wie die Taten eines Bären und Muskeln wie Stränge von Eisen.

(Fortsetzung folgt).

## Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!)

(18)

Unglück war in den Halberhof eingezogen, und das Unglück sollte ihn in der nächsten Zeit nicht verlassen. „Karl“, sagte nach einer Weile Gabriel zu seinem Bruder, „ich bringe dich in die Stadt. Sei zuversichtlich. Gerecht denkende Menschen müssen zu dir halten. Sie müssen sich sagen, daß du es nicht warst.“ Und an den Gendarm gewandt, meinte er: „Die Erlenhofshäuserin moht bei uns. Ist es dem Verhafteten gestattet, Abschied von ihr zu nehmen? Die beiden werden sich verschiedenes zu sagen haben. Ich stehe Bürgen mit allem, was ich habe.“

„Du brauchst das nicht“, erwiderte Mehr, „Ich dürfte auch diese Einwilligung nicht geben, aber ich will sie auf meinen Kopf nehmen. Es sei. Damit ich es übrigens nicht vergesse, Gell wird Einspruch dagegen erheben, daß sein Mündel bei euch bleibt.“ „Auch darüber wird das Gericht zu entscheiden haben. Es ist in der letzten Nacht mehr vorgekommen, als du ahnst.“

Schwankend verließ der Lehrer das Zimmer, um zu Gertrud zu gehen. Was die Verhafteten miteinander sprachen, hat niemand erfahren. Das aber ist gewiß, daß der jüngere Halber aufrecht und gerade zurückkehrte, daß seine Züge Entschlossenheit verrieten, und daß er selbst noch größer erschien und noch willenskräftiger, als er es ohnehin war.

Und noch etwas ist von dem Verlauf dieser Minuten auf dem Halberhofe geheimgeblieben. Gabriel

nahm seine tote Mutter in die Arme und trug sie an das Bett, das ihr zu eigen gewesen, seitdem sie auf das Gut ihres Mannes gezogen war. Die Großmutter wollte dem Herrn folgen. Er aber gebot ihr: „Bleibe. Ich will mit ihr allein sein.“

Er verriegelte die Tür hinter sich. Ob er am Lager der Verstorbenen dem Gesicht fluchte, oder ob er Gebete zu Gott sprach, die Hilfe für den Bruder erbitten sollten — kein Wesen wurde es jemals gewahr.

In dem Schlitten, der nachher von Gabriel gelenkt wurde, saß sein Bruder neben ihm, dahinter Mehr und der Jäger. Sie mußten an der Wirtschaft „Zum goldenen Hirsch“ vorbei. Als sie aus der Ferne, auf ihn aufstürzten, bemerkten sie Menschenansammlungen vor dem Hause und konnten, näher gekommen, Gell bei einer aufgeregten Menge meist junger Leute erkennen.

Der Erler hatte nach dem Abrücken der Beamten Bier und Wein auffahren lassen und jeden Gast, der sich sehen ließ, freigelassen. Gerstenstief floß in Strömen. Man wurde erregter, als man es ohnehin war. Die Ungeheuerlichkeit des Brandes und die Kunde von der Schuld des Lehrers waren dazu geeignet, sonst ruhige und besonnene Gemüter aufzureißen.

Bald herrschte infolge der heftigsten Reden, die Gell gegen die Halbers hielt, drohende Kampfstimmung. Die Getränke taten das übrige. In einigen Stunden sah man die Welt nur mehr mit den Augen an, mit denen der Erler sie betrachtet haben wollte. Das hatte er bezweckt. Er mußte, daß der Gendarm mit den Verhafteten vorüberkommen mußte, und die Trunkenheit hatte ihm in den Kopf gesetzt, dem Keller einen Denkhittel zu erteilen.

Sobald er die Schar der von ihm Bewirkten als willige Werkzeuge in seiner Hand mußte, ließ er sich

auf einen Tisch heben und schrie laut in das um ihn brodelnde Getöse:

„Die Kellers sind Lumpen. Wagt das einer zu bezweifeln?“

„Nein. Keiner, es sind Schufte, Brandstifter, Ganner, Feuerzänder“, erscholl es wirr und wüß durcheinander und bewies, daß im Augenblick keiner der Anwesenden seinen Gefühlsfaden gehörig in Ordnung hatte. Gell erfuhr demgemäß abermalige Zustimmung, als er von neuem ankündete:

„Sie müssen an „Goldenen Hirsch“ vorbei, und bei dieser Gelegenheit verheßen wir ihnen zu dem, was Verbrechern gebührt. Eine Tracht Prügel müssen sie einstecken. Sie haben mein Mündel geraubt, den Hof haben sie angezündet, und sie sind schuld daran, daß der Mitleid bedürftige Schüler zu Tode gekommen ist. Deshalb auf sie, deshalb gegen sie und deshalb wider ihre Heimlichkeit. Mag der Gendarm dabei sein, und mag selbst der Jäger ihnen Schutz andeuten lassen. Wir sind mehr, wir sind in der Ueberzahl, und wir sind die Männer, die Recht gegen Unrecht setzen und Schuld vernichten wollen.“

„Bravo, das wird gemacht, gegen die Kellers, wider ihre Frechheit, auf die Hunde“, erbrachte eine ergebene, fast frohlockende Zustimmung.

In Gehirnen, die der Alkohol verwirrt hatte, war die feste Idee entstanden, sich als Richter aufspielen zu können.

So schmiß sich, als vorgeschante Späher, die Nachricht brachten, daß ein Schlitten im Anrücken sei und dieses Gefährt nur das des Halberhofes sein könne, eine aufgeregte Menge auf die Straße. Gustav Kerner, ein Kleinbauer, der befränkt war, brach einen Baum nieder und bewaffnete sich und seine Freunde mit Gatten. Andere formten Schneebälle und fügten Giststücke hinein, wieder andere hatten sich mit Biergläsern bewehrt.

# Aus dem deutschen Osten

## Revisionen im Elbinger Silo-Prozess verworfen.

Elbing. Die vom Landgericht Elbing wegen der Auffehen erregenden Schiedungen beim städtischen Silo in Elbing verhängten Strafen sind jetzt in vollem Umfang rechtskräftig geworden. Das Reichsgericht hat die Revisionen des technischen Leiters Franz Hoffmeister und des kaufmännischen Leiters Herbert Wulke, die wegen fortgesetzter Unterschlagung zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden waren, als unbegründet verworfen. Die übrigen wegen Gehelei mitangeklagten Getreidehändler und Fuhrhalter hatten die gegen sie ausgesprochenen Geldstrafen bereits angenommen.

## Elbing als Tagungsort.

Elbing. Die 7. Tagung der Studentenschaften der Preuss. Hochschule für Lehrerbildung findet in diesem Jahre in Elbing, Hochschule für Lehrerbildung, statt. Sie beginnt am 25. Mai (Himmelfahrtstag) mit einem Begrüßungsabend und findet am Sonntag, den 28. Mai, ihren Abschluß mit einer Fahrt der Tagungsteilnehmer nach dem Tannenbergs-Nationaldenkmal. Neben der Beschäftigung mit der Neuordnung in den Studentenschaften auf Grund der Preussischen Studentenrechtsverordnung und neben Vorträgen werden Oisland- und Landesschulfragen im Vordergrund der Tagung stehen.

## Diebstahl im Walde.

Rönhofen, Kr. Heiligenbeil. Bei dem Besten Thimm wurden in den letzten Tagen nacheinander zwei schwere Einbrüche verübt. Beim ersten Male fielen dem Einbrecher Lebensmittel in größerer Menge, beim zweiten Schmuckstücke, Pelze und Kleider in die Hände. Ermittlungen führten zunächst zu keinem Erfolge. Nun aber sah Thimm kürzlich am Waldrand seinen früheren Helfer Marquardt, der sich schnell aus dem Staube machte. Er vermutete in ihm den Täter und benachrichtigte die Polizei. Daraufhin veranfaßte der Landjäger, SA und Stabschef eine Razzia. Sie umstellten und durchsuchten den Wald und fanden dann auch den Schlupfwinkel, in dem Marquardt und sein Kumpan Lutzus hausten. Marquardt konnte festgenommen werden, während der andere Vogel entwich. In dem Diebstahl wurden die meisten der gestohlenen Gegenstände noch vorgefunden.

## Kraftpostverbindung nach dem Stadtwald in Heiligenbeil.

Heiligenbeil. Am 15. Mai wird zunächst versuchsweise die Kraftpostlinie Heiligenbeil—Zinten über Grünwalde geleitet.

## Steinwürfe auf einen Personenzug.

Heilsberg. Die Postkutsche der Reichsbahndirektion teilt mit, daß am Sonntagmittag in der Nähe des Bahnhofes an der Kreuzung der Chaussee Heilsberg—Randsberg die Maschine eines Personenzuges mit Steinen beworfen wurde. Eine Scheibe des Führerstandes wurde zertrümmert, Personen wurden nicht verletzt.

Immer wieder werden auf Personenzüge Steine geworfen oder Schüsse abgegeben. Selbst angenommen, daß es sich in den meisten Fällen nur um groben Unfug oder unüberlegte Jünglingsfreude handelt, kann leicht durch solche Handlungen das Leben vieler Menschen gefährdet werden insbesondere wenn sich die Täter die Lokomotive oder ihr Personal zum Ziel ihrer Wut ausgesuchen. Solche Vorfälle verdienen eine unmissverständlich harte Bestrafung. Ein jeder hat durch seine Beleidigungen und rückfälligen Anzeigen sein Teil zur Bekämpfung dieses Unwesens beizutragen.

## Dialon von einem Epileptiker niedergebrosen.

Rastenburg. Ein tragischer Vorfall ereignete sich Montag früh in den Carlshöfer Anlagen bei Rastenburg. Als der Dialon Gers im Hause „Eiche“ einem Epileptiker das Bett machen wollte, stürzte sich der Kranke in einem Anfall auf den Dialon und verlegte ihm mit einem Messer am Kopf so schwer, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Die Tat ist in einem epileptischen Anfall geschehen, und es ist noch nicht festgestellt, woher der Kranke das zur Tat benutzte Taschenmesser hat. Eine Gerichtskommission wollte zur Feststellung der näheren Umstände am Tatort. Dialon Gers war ein junger und beliebter Beamter, der sich seiner schweren Pflicht stets mit großem Eifer hingab.

## Stölicher Motorradunfall.

Mohrungen. Auf der Chaussee Georgenthal—St. Herme-nau ereignete sich ein tödlicher Unfall. Erich Kied-Georgenthal stürzte aus unbekannter Ursache mit dem Motorrad, wobei er sich das Genick brach. Erst am folgenden Morgen wurde die Leiche des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen gefunden.

## Ausbau der Bahnstrecke Allenstein—Paffenheim.

Altenstein. Etwa 50 Jungkatholiken, die sich dem freiwilligen Arbeitsdienst der Reichsbahn zur Verfügung gestellt haben, arbeiten zur Zeit an dem Ausbau einer Kurve bei Allenstein auf der Bahnstrecke Allenstein—Paffenheim.

## Der Blitz schlug ein.

Altenstein. Bei dem Gewitter, das Montag nachmittag über Stadt- und Landkreis Allenstein niederging, hat gegen

16 Uhr der Blitz in Bepnau (bei Klausendorf) eingeschlagen. Unter gewaltigem Donnergetöse fuhr ein Blitzstrahl in das Gehöft des Abbaubefizers Heinrich und zündete. Eine Scheune und ein Schuppen gingen in Flammen auf.

## Bestenjohn gesteht Brandstiftung.

Rogitten, Landkreis Allenstein. Am 23. April brannte die Scheune des Bestenjohns Anton Kuhn nieder. Das Feuer legte noch ein großes Stallgebäude in Mitleidenschaft, das Wohnhaus konnte gehalten werden. Mit den Bauleistungen verbrannten mehrere landwirtschaftliche Maschinen, ein Dreschtrakt, Häckselmaschine usw., sowie einige Fuder Stroh. Der Verdacht, den Brand angelegt zu haben, fiel bei den polizeilichen Ermittlungen auf die Schone des Bestenjohns Anton und Otto Kuhn, die im Interesse der weiteren Ermittlungen festgenommen wurden.

Am Gerichtsgefängnis legte nunmehr der 27 Jahre alte Bestenjohn Otto Kuhn ein Geständnis ab, daß er die Brandstiftung aus Mordabsicht habe. Er wollte durch seine Tat den Eltern und seinen Geschwistern helfen. Der mitverhaftete Bruder Anton Kuhn wurde daraufhin aus der Haft entlassen, da ihm eine Mittäterschaft auch nicht nachgewiesen werden konnte.

## Er mordung eines Kaufmanns in Posen.

Posen. Der 41jährige Konsolidationshändler Stanislaw Kurel aus der Wasserstraße 6, der sich Sonntag in den frühen Morgenstunden zum Angeln an die Warthe begeben hatte, wurde später mit einer Kopfschüttelung und mit dem Kopf im Wasser liegend, tot aufgefunden. Er ist das Opfer eines bisher noch unbekannten Mörders geworden. Der Mord ist ein heftiger Kampf vorausgegangen. Nach dem Schuß hat der Mörder sein Opfer in das Wasser geschoben, so daß es ertrank.

## Ehrung eines deutsch-brasilianischen Priefters durch das Auswärtige Amt.

Berlin, 18. Mai. Pater Josef Erner im Staat Parana (Brasilien) konnte vor einiger Zeit auf eine 30jährige Tätigkeit nicht nur als eifriger Priester, sondern auch als rühriger Förderer des katholischen Deutschums in Brasilien zurückblicken. In Anerkennung seiner Verdienste erhielt er vom deutschen Auswärtigen Amt ein wertvolles Gemälde, das aus der Staatlichen Gemäldegalerie in Berlin stammt und Lucas Cranach des Älteren „Auße auf der Flucht nach Ägypten“ darstellt. Das Bild trägt auf einer Messingplatte die Widmung des Auswärtigen Amtes: „Herrn Domherrn Josef Erner, Pater in Rio-Neiro, in Anerkennung seiner Verdienste um das katholische Deutschum Brasiliens“.

## Heroismus eines Missionsbischofs.

Rom. Wie der Soldat auf dem Schlachtfeld, nur unauffälliger noch, starb am 30. April Bischof Ludvig van Hoed, das Oberhaupt von Ranchi, der größten Diözese Indiens, den Heldentod. — Fast hätte der Verstorbenen das Geheimnis seiner Heldengröße mit ins Grab genommen, hätte er nicht als Ordensmann seinen Oberen Mitteilung machen müssen. Vom General der Gesellschaft Jesu wissen wir, daß der Bischof an einem unheilbaren Krebsleiden erkrankt war. Vor einem Jahre ungefähr war Erz. van Hoed nach Europa zurückgekehrt, um auch dort von seinem Arzt zu hören, daß eine Heilung ausgeschlossen und er innerhalb Jahresfrist dem Tode geweiht sei. So kehrte der Schwerkranken nach Indien zurück, hielt vor aller Welt seinen Zustand geheim, um auf seinem Posten zu stehen.

Bischof van Hoed, ein Flame, wurde am 17. April 1870 in Antwerpen geboren und trat 1889 in die Gesellschaft Jesu. Nach Vollendung seiner philosophischen Studien kam er nach Indien, wo er zu Darjeeling und Kalkutta als Lehrer wirkte. 1903 zum Priester geweiht, war er Prälat in Darjeeling, dann Rektor des Missionarshauses in Ranchi. Am 20. Juli 1920 wurde er zum Bischof von Parna ernannt, am 15. Februar 1928 nach Ranchi versetzt. Seit langem leidend, hoffte er im Juni 1932 in seiner Heimat Belgien Heilung zu finden. Nach langwieriger schmerzhafter Behandlung mit Röntgenstrahlen fuhr er letzten Herbst nach Indien zurück. Priester und Volk hießen ihn freudig willkommen in der Meinung, er sei dauernd wiederhergestellt. In Wirklichkeit brachte der letzte Tag des April ihm den Tod und damit Erlösung vom langen heimtückischen Leiden.

## Ein Goldschatz aus der Jarenzeit.

Ein Gutspächter in der Nähe der lettischen Stadt Brekule ließ bei der Renovierung eines alten Hauses auf einen in der Erde eingegrabenen Leinwand. Der Sack war, wovon sich der Pächter zu seiner größten Freude überzeugen konnte, mit Goldmünzen zu 10 Rubel gefüllt. Die ganze Familie beteiligte sich jetzt an den Ausgrabungen, die mehrere mit Gold gefüllten Säcke ans Tageslicht förderten. Im ganzen wurden zweieinhalb Kilogramm Gold gefunden. Es war alles gutes Jarengeld, das ein Gutspächter verborgen hatte, als die Deutschen sich Riga näherten. Der Gutspächter ist seit Jahren verschollen.

## Standesamt II Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: Witwe Emilie Schmeling geb. Perfontke, 88 Jahre. — Ehefrau Trude Perfontke geb. Richter, 89 Jahre. — Rentier Emil Günther, fast 71 Jahre. — Witwe Elise Kalkning geb. Schulz, 78 Jahre. — Witwe Ida Sekesand geb. Schaberg, 72 Jahre. — Schuhmacher Adolf Uebel, 69 Jahre. — Witwe Emma Krause geb. Reimhold, 66 Jahre. — Ehelich: eine männliche Totgeburt.

# Aus Pommern und Polen

## Das pommernische Handwerk und seine Sorgen.

In der Handwerkskammer in Graudenz fand eine Tagung der Vorsitzenden der pommernischen Innungsverbände und der Innungsleiter statt. Syndikus Wilschoff referierte über den Gesamtzustand der Angelegenheiten, die in den letzten Tagen Beratungsgegenstand der maßgebenden Stellen gewesen sind. Er sprach über die Herabsetzung der pommernischen Umsatzsteuer um ein Drittel, über die Niederlegung oder Katenzerlegung der rückständigen Steuer auf zu diesem Zweck gestellte individuelle Anträge; über die Novellierung der wohnortabhängigen Verordnung, betr. die Zumeuerung der Tür zwischen Verkaufs- und übrigen Raum in Wärdereien und Fleischereien; über die Veranstaltung und Durchführung von Fachkursen durch das Handwerksinstitut; über die Möglichkeit der Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitslosen auf Grund von Verträgen zwischen den Fachverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie schließlich über die Zustimmung eines entsprechenden Terrains an die Fleischgewerkschaftsgenossenschaft Pommerns zwecks Vergrößerung des Rohfleisch-Exportes.

Befanntgegeben wurde ein Rundschreiben über die Beteiligung an Steuerrückständen, sowie der Arbeitsfonds und die Angelegenheit der Ermäßigung der Eisenbahnfahrts beiprochen. Die Versammlung beschloß, sich durch Vermittlung ihres Vertreters im Rat der Handwerkskammer an das Eisenbahnministerium um ausreichende Erleichterung der Tarife zu wenden. Weiter wurde beschlossen, bei der Landesversicherungsanstalt gegen die im vorigen Jahre festgesetzten zu hohen Beitragsätze zu protestieren und durch die Wohnortabhängigkeit an das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge heranzutreten mit dem Antrage, diese übermäßigen Sätze zu erniedrigen. Ein weiterer Beschluß ging dahin, daß die Mitglieder der Innungen der Luftschutzhilfe beitreten sollen.

Schließlich drückten die Versammelten noch dem Kammervorsitzenden Zankowski für die energische Wahrnehmung der Handwerksinteressen, sowie für die auf eine in einem fleißigen Blatte erscheinende, nach Ansicht der Tagungsteilnehmer für das Handwerk und seine Vertreter verzeichnende Karikaturenzeichnung erteilte Antwort ihre Anerkennung aus.

## Revolte im Gefängnis.

Neustadt. In Neustadt brach im Gefängnis eine Revolte aus, an der sich etwa 90 Häftlinge beteiligten. Man zerhieb in den Zellen die Scheiben und einige Türen. Die drei Gefängniswärter waren machtlos, so daß die Polizei eingreifen mußte, die auch die Revolte in kurzer Zeit unterdrücken konnte.

## Schulspendenimpfung im Kreise Königs.

Königs. Im Kreise Königs finden die Schulspendenimpfungen wie folgt statt: Bezirk I: Schönfeld 8 Uhr (8 Uhr), Dringdorf, Mosnig 8.40 (8.20), Zamarte, Neuhof, Ramiona, Dersmonka, Gemeinde und Gut Blumenfeld 9.30 (8.50), Girsdorf, Neuborf, Zolbau 10.20 (9.30), Henningsdorf 11.00 (10.00), Zichau 11.50 (10.30), Schlagenhain 12.45 (11.15), Zehn 12.30 (11.40), Osterwid, Granau 14.10 (12.30), Granenhausen, Girsdorf, Buzendorf 15.10 (13.30), Paglau, Klein-Paglau,

Kalewitz 16.20 (14.30), Gemeinde und Gut Neukirch, Siernau, Lottin 17.10 (15.30), Gemeinde und Gut Mittel, Uboja 18.10 (16.30). Im Bezirk I finden sämtliche Impfungen am 18. Mai statt, die Nachschau am 24. Mai. Die Zahlen hinter den Ortsnamen bedeuten die Zeit der Impfung, die Zahlen in Klammern die Zeit der Nachschau. — Bezirk III: Müstendorf, Kupfermühl, Klein Königs, Zandersdorf, Bachdorf, Lufom 8.00 (8.00), Alabau, Powalken, Zbenin, Gemeinde und Gut Riojanten 10.30 (10.30), Krusche, Bestorf 11.30 (11.30), Gersl 16.10 (16.10). — Die Impfungen in diesem Bezirk finden am 19. Mai statt, die Nachschau am 26. Mai.

## Kirchenspendung.

St. Gelzin. Wie wir erfahren, ist in derselben Zeit, als die Kriegesgefallenenedenkmal durch einen noch unaufgeklärten Einbruch in die Kirche aus Osterwid gestohlen wurde, auch die Gefallenenedenkmal aus der Kapelle in St. Gelzin entfernt worden. Das Schloß am Haupteingang der Kapelle ist stark beschädigt. Da die Tafeln an und für sich keinen Wert haben, kann man nur zu dem Resultat kommen, daß der Diebstahl eine antideutsche Aktion ist. Auf den Tafeln waren die Namen der Gefallenen sowie Jahr und Tag in deutscher Schrift verzeichnet. Man hofft und wünscht, daß diese Kirchenspendung doch bald eine Aufklärung findet und die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

## Verhaftung eines Redakteurs.

Montag mittag wurde der verantwortliche Redakteur des „Gonic Pomorik“, „Piegrzyn“ und „Dziennik Starogardzki“, Herr E. Bialer verhaftet. Der Grund dazu dürfte höchstwahrscheinlich ein am Sonnabend im „Gonic Pomorik“ erschienener Artikel sein. — Gestern wurden die genannten Zeitungen wegen eines Artikels, der französische Artikel über Polen enthielt, beschlagnahmt.

## Ausweisung eines Reichsdeutschen.

Schweh. Der Landwirt Reglano in Reitelshöhe erhielt dieser Tage von der polnischen Behörde den Ausweisungsbefehl zugestelt, wonach er mit seiner zahlreichen Familie bis zum 18. Mai die Grenze überschritten haben muß. A hat in der Eile sein Bestmöglich verpacken müssen, da zu einer endgültigen Regelung die Zeit zu kurz war, zumal es auch an zahlungsfähigen Käufern mangelt.

## Liebestragödie.

J. Gohensalza. Eine furchtbare Liebestragödie spielte sich am letzten Montag in Radymierowice bei Kruszwice ab. Dort unterhielt sich länger Zeit die 19jährige Ella Neumann aus Racie ein Liebesverhältnis mit dem 28jährigen Forstgehilfen Hubert Gromowski aus Radymierowice, das in letzter Zeit seitens des G. merklich kühler wurde. Am kritischen Tage verließ die Neumann gegen 9 Uhr früh die elterliche Wohnung und begab sich in die Wohnung des G., mit dem sie zum Walde ging. Dort gerieten beide in heftigen Wortwechsel, in deren Verlaufe die Neumann einen Browning zog und auf ihren Geliebten schöß, der in die Brust getroffen tot zusammenbrach. Darauf richtete sie die Waffe gegen sich selbst und verlegte sich ebenfalls durch einen Schuß in die Brust schwer, worauf sie sich in die Wohnung ihrer Eltern schleppte. Die Leiche des Erschossenen wurde von der Gerichtsbehörde beschlagnahmt.

# Sklaverei und Revolution in Liberia

## Kurioses aus dem schwarzen Erdteil

Ein merkwürdiges Völkerverständnis. — Untersuchungskommissionen in Liberia. — Sklaverei und Pfänderrecht.

Menschenverehrungen und Straßenbau. — Der Aufstieg der Kruz. — M. Madengies Mission.

Der Völkerverbund erlebt an einem seiner Mitglieder verhältnismäßig wenig Freude: Der Negerstaat Liberia „geheim“ sich immer wieder durch neue Besonderheiten „aus“, freilich nicht in rühmlicher Weise, und immer wieder ist es der Völkerverbund, der durch die Entsendung von Kommissionen oder einzelnen Sachverständigen hier Zustände aufdecken und in amtlichen Dokumenten festhalten muß, die es einigermaßen merkwürdig erscheinen lassen, daß diese Negerrepublik ein Mitgliedsstaat des Völkerverbundes ist.

Schon vor geraumer Zeit hatte die Nordamerikaner, die bekanntlich diese Republik geschaffen haben und sich deshalb von jeher für ihre Geschichte verantwortlich hielten, veranlaßt, daß

## der Völkerverbund eine Untersuchungskommission nach Liberia schickte,

um feststellen zu lassen, ob in der Negerrepublik noch Sklaverei oder der Sklaverei ähnliche Zustände herrschten. Die Kommission bestand aus einem Amerikaner, einem Engländer und einem Liberier. Der Bericht war geradezu nieder-schmetternd und nach seiner Veröffentlichung mußten der Präsident und der Vizepräsident von Liberia zurücktreten. Die unerhörten Vorfälle, welche dieser Bericht schildert, erinnern ganz und gar an afrikanische Kolonialmethoden, — nur, daß hier die Ausbeuter keine Fremden, sondern größtenteils Stammes- und Völkerverbündeten sind, die glauben, auf Grund ihrer in den Vereinigten Staaten erworbenen „Bildung“ und „Bivilisation“ ihre schwarzen Brüder unterdrücken zu dürfen. Nach den Schilderungen des Berichtes war damals

## in Liberia die Sklaverei allgemein verbreitet,

obwohl die Verfassung die Sklaverei und das öffentliche Zellen von Menschen unterlag. Man traf die Sklaverei in

den verschiedensten Formen, namentlich als Haus-sklaverei und als das sogenannte Pfänderrecht: Das ist die Sitte, daß ein Liberier, der eine Schuld nicht bezahlen kann, seinem Gläubiger als Pfand einen Menschen überläßt. Dabei bildeten sich

## sehr Preisfeste

heraus. Ursprünglich galt ein Mann 3 englische Pfund, eine Frau 4 Pfund, später erhöhten sich diese Preise auf 4 Pfund für den Mann und auf 6 Pfund für die Frau. Derartige Pfänderverträge wurden in aller Öffentlichkeit vorgenommen, man unterschrieb dabei einen aus zwei Zeugen gegengezeichneten Vertrag. Nun war zwar die Sklaverei verfassungsmäßig in Liberia verboten, und es hieß, daß jeder Sklave, der sich bei Gericht melde, sofort freigelassen werden müsse, — aber das Pfänderrecht galt nicht als Sklaverei, und die Unglücklichen, die auf diese Art ihre Freiheit verloren hatten, konnten sich lediglich an ein Gericht wenden, wenn sie von ihrem Herrn mißhandelt worden waren.

## Einem besonderen Kasten Fall von Menschenhandel im Großen

bedeute der Völkerverbundbericht bei einem liberischen Staats-beamten auf. Ein gewisser Samuel Kof, der eine Zeitlang Direktor der liberischen Post war — bis er nach der Veröffentlichung des Berichtes entfernt wurde, machte sich ein Geschäft daraus, durch liberisches Militär mehrmals ganze Schiffsladungen von Liberiern, — natürlich unter Anwendung von Gewalt, und oft von furchterlichen Mißhandlungen, — einzufangen und nach Fernando Po zu transportieren zu lassen, wo viele schwarze Arbeiter gebraucht wurden. Kof war, als er sich dieser unmenschlichen Beschäftigung widmete, ein einflußreicher Mann in Monrovia, der Hauptstadt des Staates. Er benutzte seine Macht und seine Beziehungen zu den Militär-beamten, um durch liberisches Militär und liberische Grenz-

truppen einmal dreihundert, an anderes Mal zweihundert-fünfzig, ein drittes Mal wiederum mehrere Hundert Menschen auf diese Weise zusammenbringen zu lassen, und fiel bei einer dieser Unternehmungen seinem Kollegen in der Postverwaltung, E. Herman, auf, der gerade eine Inspektionsreise zum Zwecke gleichzeitiger Radiopropaganda machte. Sherman entdeckte, was Kof trieb, und meldete diese Vorfälle in Monrovia bei der Regierung.

Der Erfolg war, daß nicht etwa Kof bestraft wurde, sondern daß man Sherman absetzte, und Kof befördert wurde.

Auch der damalige liberische Vizepräsident soll nach dem Völkerverbundbericht seine Stellung dazu mißbraucht haben, um mehr als einmal große Menschenentrückungen sowohl zum „Vertrieb“ nach Fernando Po, als auch zum Straßenbau im Innern des Landes vorzunehmen.

Mit diesem Straßenbau hatte es eine besondere Bewand-nis. Ganz Liberia sollte ein modernes Straßen-netz erhalten, — so hieß es in Regierungsproklamationen; aber es fehlte dem Staat an Arbeitskräften, an Material und an Werkzeug.

## Nur entschlossen wählte die Regierung alle Kräfte auf die Bevölkerung.

Zur Arbeit an den Straßen wurden die Einwohner zwangs-gestellt. Sie erhielten für diese harte Arbeit keinen Lohn, sie wurden schlecht ernährt und überdies gezwungen, sich ihre Werkzeuge selbst mitzubringen. Man kann sich denken, daß unter diesen Umständen der Straßenbau sehr langsam vorwärtsging, da die meisten Arbeiter nur sehr schlechtes Werkzeug besaßen, einer nur eine Hacke, andere nur ein Brett oder einen Holzpflod. Wurden die Arbeiter mit dem ihnen aufgetragenen Stiel Arbeit nicht rechtzeitig fertig, so wurden sie verprügelt und man entzog ihnen die Nahrung. Schließlich verwarnten die höheren Beamten diese Arbeiter auch noch zur Bestellung ihrer eigenen Pflanzungen, ohne sie zu begreifen, — wobei man den Arbeiter einredete, es handele sich dabei um Staatsdomänen, und nicht um Privatbesitzungen der Staats-beamten.

Diese verschiedenen, im Völkerverbundbericht der Dreierkommission aufgedeckten furchtbaren Mißstände, sind zwar inzwischen zum Teil schon beseitigt worden, während man

im übrigen tatkräftig an ihrer völligen Ausrottung zu arbeiten scheint.

Raum jedoch hatte man sich über alle diese Greu-fen einigermaßen beruhigt, als die liberische Re-gierung selbst die Hilfe des Völkerverbundes anrief:

Eine ganze Reihe von Stämmen, die sogenannten Kruz, hatten sich gegen die Regierung empört und waren zudem auch noch miteinander in Streit geraten. Lediglich zwei dieser Stämme waren der Regierung treu geblieben. Sämtliche Stämme waren bewaffnet und lagen nun miteinander und mit der Regierung in Monrovia, jener Schicht „gebildeter“ Liberier, d. h. ehemaliger NE-Neger oder ihrer Völkerverbündeten, im Krieg. Vierundvierzig Eingeborenenstämme waren schon verbannt worden, vier Stämme, insgesamt etwa 12 000 Männer, Frauen und Kinder, waren von feindlichen Stämmen aus ihren Dörfern vertrieben und in die Wüste gedrängt worden, wo sie obdachlos und unter schlimmsten Nahrungs-mangel lebten. Was tat der Völkerverbund? Er schickte einen mutigen Mann, den Schotten Madengies, nach Liberia, der ganz allein, lediglich von einem eingeborenen Beamten, dem „Ehrenwerten Herrn F. M. K. Russell“ begleitet, zu den kriegführenden Stämmen reiste, mit jedem von ihnen unter-handelte, die Schwierigkeiten, die zwischen ihnen und zwischen der Regierung in Monrovia bestanden, aus dem Wege räumte, und es tatsächlich fertigbrachte, daß die feindlichen Brüder untereinander Frieden schlossen — was jeweils mit großen Festlichkeiten begangen wurde. Von den Stämmen wurden insgesamt etwa 500 Gewehre abgeliefert, — die einzige Ab-rüstung, die der Völkerverbund wirklich durchgeführt hat! Die in die Wüste geschickten Stämme konnten zum Teil sofort wieder in ihre alten Dörfer zurückkehren, während ein Teil, der sich scheinbar besonders mißliebige gemacht hatte, vorläufig noch ein Jahr mit der Rückkehr warten muß, wobei jedoch seine Lebensbedingungen erheblich verbessert werden.

Kurzum, — M. Madengies hat seine Mission glänzend durchgeführt, Liberia ist wieder ein friedliches Land, — wenigstens vorläufig. Denn Monrovia liegt weit von Europa, weit von Genf, und niemand kann wissen, wann sich die nächste Explosion in diesem merkwürdigen Staate, der ein selbständiges Mitglied des Völkerverbundes ist, ereignet, und wann wieder einmal eine Völkerverbundskommission in den schwarzen Erdteil geschickt werden muß, um „nach dem Recht zu sehen“ ...

## Starker Rückgang der polnischen Ausfuhr unbeeinflusst von Saisontendenzen

Die Zahlen des ersten Vierteljahres 1933.

Die Umsätze im polnischen Außenhandel haben sich im ersten Jahresviertel 1933 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode erheblich vermindert. Die Einfuhr ist von 209,9 Mill. Zloty auf 179,7 Mill. Zloty, d. i. um 30,2 Mill. zurückgegangen. Ein Teil dieses Rückganges beruht allerdings auf einer weiteren Senkung des Durchschnittswertes. Mengenmäßig hat die Einfuhr sogar von 360 571 auf 426 335 Tz. zugenommen. Beteiligt an dem wertmäßigen Rückgang sind hauptsächlich Lebensmittel. Die Einfuhr von Rohstoffen hat sich dagegen kaum verändert. Bemerkenswert ist beispielsweise, daß der Maschinenimport mit 9,9 Mill. Zloty fast auf dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit lag.

Nach den Ergebnissen über den Außenhandel mit den einzelnen Ländern, die im ersten Maiheft der Statistischen Nachrichten veröffentlicht werden,

sind an dem Rückgang der Einfuhr fast alle Lieferländer beteiligt.

Die Einfuhr hat vor allem abgenommen aus Deutschland (— 10,6 Mill. Zloty), der Tschechoslowakei (— 4,6 Mill. Zloty), Frankreich (— 3,4 Mill. Zloty), England (— 2,3 Mill. Zloty) und Dänemark (— 1,3 Mill. Zloty). Zugenommen hat dagegen die Einfuhr aus Amerika (— 1,5 Mill. Zloty). Bei den übrigen Ländern, die als Lieferanten weniger ins Gewicht fallen, ist die Entwicklung ungleichmäßig.

Die Ausfuhr ist insgesamt von 287,2 Mill. Zloty im ersten Vierteljahr 1932 auf 213,1 Mill. Zloty im ersten Quartal 1933 zurückgegangen. Dieser Rückgang, der zum ausschlaggebenden Teil auf der Gruppe Lebensmittel und Rohstoffe liegt, beruht fast ganz auf einer Verminderung der Ausfuhrmenge (von 3 316 325 Tz. auf 2 995 188 Tz.), da die Durchschnittswerte in dem betrachteten Zeitraum sich nur unwesentlich verschoben haben.

und zwar ist die Abnahme hier im Gegensatz zur Einfuhr-entwicklung stärker, als man auf Grund der Saisontendenzen erwarten konnte.

In der regionalen Entwicklung der Ausfuhr lassen sich entgegengesetzte Verschiebungen feststellen, wie in der Einfuhr. Im einzelnen hat die Ausfuhr besonders nach folgenden Ländern abgenommen: der Tschechoslowakei (— 16,8 Mill. Zloty), England (— 12,3 Mill. Zloty), Deutschland (— 8,8 Mill. Zloty), Dänemark (— 7,9 Mill. Zloty), Schweden (— 3,5 Mill. Zloty), Frankreich (— 2 Mill. Zloty) und Holland (— 0,8 Mill. Zloty). Im Rahmen der Ausfuhr haben also

## Auswirkungen der Dollarkrise auf Polen.

Die seit der Währungsreform des Dollarkurses von der Goldparität bei den Warschauer Banken zu verzeichneten Abschiebungen von Dollareinlagen schwanken bisher zwischen 10 und 20 Prozent der Gesamtsumme. Der weitaus größte Teil der Einleger hofft offensichtlich noch auf eine beträchtliche Wiederherstellung des Dollarkurses und will sich zum gegenwärtigen Kurse nicht zur Konversion seiner Dollareinlagen in andere Währung entschließen. Für Mitte 1933 war durch den Banktenorverband der Anteil der Dollareinlagen an sämtlichen in polnischen Finanzinstituten hinterlegten Einlagen auf 32 Prozent geschätzt worden, doch ist im 2. Halbjahr d. J. ein beträchtlicher Teil dieser Einlagen zurückgezogen oder in andere Währung konvertiert worden. Neben diesen Einlegern sind in Polen die Besitzer von Stücken polnischer Goldanleihen am stärksten über die Dollarkrise beunruhigt, da zu der Goldkauf dieser Anleihen kein uneingeschränktes Vertrauen mehr besteht. Eine amtliche Erklärung über die Absichten der polnischen Regierung gegenüber dieser Goldkauf ist auch bisher nicht ergangen. Das Bankhaus Dillon, Read u. Co. in New York hat als Emissionshaus der 8proz. polnischen Staatsanleihe von 1925 auch in der polnischen Presse bekanntgegeben, daß es die Zinsen und Amortisationen dieser Anleihe nur in Papierdollars zur Auszahlung bringen werde, und daselbe Schicksal glaubt man hier auch für die gleichfalls in den USA emittierte 6proz. Staatsanleihe von 1920 und die beiden 7proz. Provinzialanleihen Warschaws und Ostoborskiens voraussetzen zu müssen. Die Kurse beider der beiden letzteren Anleihen, deren Kupons als nächste fällig werden, sind stark gefallen.

Als wesentlich fester wird die Stabilisierungssanleihe von 1927 gewertet, bei der der Inhaber auch die Auszahlung in Schweizer Franken verlangen kann. Die tatsächliche Lage ist einseitig, daß z. B. rückständige Kupons dieser Anleihen in Polen unbezahlt in Golddollars, in den USA aber nur in Papierdollars ausgezahlt werden. Man erwartet hier, daß die polnische Regierung bis zum Fälligwerden des nächsten Kupons einer dieser Anleihen (30. Juni) eine Entscheidung über die Behandlung, welche die Goldkauf dieser Anleihen weiterhin in Polen erfahren soll, fällen wird. Private Institute versuchen jedoch, von ihnen ausgegebene Dollarpapiere nur noch in Papierdollars zu honorieren; so hat u. a. die Warschauer Bodenkreditgesellschaft den Inhabern rückständiger Kupons ihrer 7proz. Dollarpfandbriefe deren Auszahlung entweder in Effektdollars oder zum Kurse von 31,750 (Parität 8,89) angeboten, was von den meisten Betroffenen abgelehnt worden ist. Groß ist endlich auch die Beunruhigung aller derjenigen, die Lebensversicherungen in Dollarkredit abgeschlossen haben; von den in Polen in nicht polnischer Währung abgeschlossenen derartigen Versicherungen sollen 70 bis 80 Prozent auf Dollarkreditversicherungen entfallen, von denen nur ein Teil mit der Goldkauf ausgestattet ist.

\* Zahlungsverkehr Danzig—Lettland. Auf Grund der am 25. 1. 1933 erlassenen „Bestimmungen über laufende Rechnung von Ausländern“ Art. 1 bestimmt die Valutakommission, daß auf die Rechnung der Danziger Abteilung der „Kommerz- und Privatbank“ private Kreditinstitute und in der Postabteilung für laufende Rechnungen private Personen und Firmen Einzahlungen und Überweisungen nur mit Erlaubnis der Valutakommission vornehmen dürfen, die von dem Zahler und Überweiser eingeholt ist, wobei er auf die Zahlungen bezüglich Geschäftsabläufe vorzulegen hat. Ebenso ist für Auszahlungen und Übertragungen vom erwähnten Konto die Erlaubnis der Valutakommission in jedem einzelnen Falle einzuholen, wobei Daten und Beweise dafür beizubringen sind, zur Regelung welcher Geschäftsabläufe die auszahlenden Summen verwendet werden sollen. Die Verordnung tritt am 20. 4. 1933 in Kraft.

insbesondere die Lieferungen nach der Tschechoslowakei und England abgenommen. Gefiegen ist lediglich die Ausfuhr nach Rußland (plus 5 Mill. Zloty).

Die Handelsbilanz schließt im ersten Vierteljahr 1933 mit einem

Ausfuhrüberschuß von 33,4 Millionen Zloty

gegenüber 77,3 Mill. Zloty im ersten Jahresviertel 1932 ab. Der Rückgang des Ausfuhrüberschusses beruht fast ausschließlich auf einer Verminderung der Aktivität im Export.

## Der polnische Kohlenabsatz im ersten Vierteljahr 1933.

Die Entwicklung der polnischen Kohlenindustrie ist auch im ersten Vierteljahr 1933 wieder nicht unwesentlich zurückgegangen, da sowohl der Inlandsverbrauch wie namentlich auch die Ausfuhr kleiner war als 1932. Eine kleine Zunahme zeigte in neuester Zeit nur der Kohlenabsatz nach Danzig, wogegen sich der Verbrauch in Polen selbst um rund

## Die Gefährdung der polnischen Kohlen- ausfuhr nach Skandinavien

In der offiziellen „Gazeta Polska“ stellt Ministerialdirektor Pech eine Berechnung an, nach der sich, wenn die in Unterhandlung stehenden neuen britischen Handelsverträge mit Schweden und Norwegen sich ebenso wie der mit Dänemark verwirklichen, die polnische Kohlenausfuhr nach den skandinavischen Ländern um 1,8 Mill. Tz. gegenüber 1932 vermindern muß.

England verpflichtet in seinen neuen Verträgen mit den  
skandinavischen Staaten

die letzteren, ihre Kohleneinfuhr zu einem bestimmten Prozentsatz aus England zu beziehen, und zwar im Falle Dänemarks zu 80 Prozent, Norwegens zu 60 Prozent und Schwedens zu 50 Prozent. Im Jahre 1932 hat England nach diesen drei Staaten 4,4 Mill. Tz. Kohle ausgeführt und war damit an ihrer gesamten Kohleneinfuhr mit durchweg 44 Prozent beteiligt. Nach dem mit Dänemark bereits abgeschlossenen, mit Schweden und Norwegen vor dem Abschluß stehenden neuen Handelsverträge wird England seinen Anteil an der Kohleneinfuhr dieser Staaten von 44 auf 63 Prozent, d. h. mengenmäßig von 4,4 auf 6,5 Mill. Tz. erhöhen. Der polnische Anteil an dieser Kohleneinfuhr Skandinaviens wird entsprechend zurückgehen müssen. Er betrug 1932 durchschnittlich 50,6 Prozent bzw. 5 Mill. Tz. und kann nach den neuen Verträgen bestenfalls 32,4 Prozent bzw. 3,2 Mill. Tz. betragen. Hierbei wird vorausgesetzt, daß die Ausfuhr deutscher Kohle nach Skandinavien ihren bisherigen Status nicht verbessert; sie war bisher an der Kohleneinfuhr Schwedens mit 3 Prozent, Dänemarks mit 3 Prozent und Norwegens mit nur 1 Prozent beteiligt. Bei den gegenwärtigen Preisen würde ein Exportverlust von 1,8 Mill. Tz. für Polen einen finanziellen Ausfall von etwa 30 Mill. Zloty bedeuten. Dieser Ausfall müßte vor allem die Handelsbilanz schmerzhaft treffen. Er trifft natürlich auch Danzig überaus schmerzhaft.

Aus den der polnischen Kohlenkonvention nachstehenden Preisen erfährt der „Dobry Wieczór“, daß Dänemark letztes das Einfuhrkontingent für polnische Kohle bis auf 35 000 Tonnen monatlich herabgesetzt hat, was im Jahres-

## Verminderter Goldbestand — geringer Notenumlauf.

Der Ausweis der Bank Polki für die erste Maidekade.

Grundfällige Forderungen sind in der ersten Maidekade nicht eingetruhen. Die Gesamtpolitik der Bankleitung bleibt den alten Grundsätzen treu, auf jeden Fall das Deckungsverhältnis den praktischen psychologischen Erwägungen des Innenmarktes anzupassen. Wenn, wie im vorliegenden Ausweise, der Goldbestand zurückgeht, dann ist im Notenumlauf eine entsprechende Verschiebung zu verzeichnen. Am 10. Mai d. J. hatte der Ausweis der Bank Polki nicht nur einen Rückgang des Goldbestandes um 8,8 Millionen Zloty zu verzeichnen, sondern weist ebenso eine Droffung im Wechselportefeuille um 7,4 Millionen und auf dem Konto der Lombardkredite um 5,4 Millionen Zloty auf. Die für den Status der Bank und für den polnischen Außenhandel weniger belangvollen Devisenbestände weisen eine Zunahme von 6 Millionen Zloty auf. Auf der Seite der Aktiva sind keine weiteren Verschiebungen wahrzunehmen. Auf der Seite der Passiva weist demgegenüber der Notenumlauf eine Abnahme von 5,5 Mill. Zloty auf. Die sofort fälligen Verpflichtungen haben einen Rückgang von 10 Millionen Zloty zu verzeichnen. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß die Girokonten der Staatskassen eine starke Abdeckung erfahren, so daß sie kaum noch 3,8 Millionen Zloty aufweisen. Der Notenumlauf ist mit 44,76 Prozent gedeckt und weist einen weiteren Rückgang im Deckungsverhältnis auf.

## Keine polnisch-brasilianischen Kompensationsgeschäfte.

Der Handelsbelegierte der brasilianischen Regierung für Polen, Francisco Ebling, veröffentlicht in der „Gazeta Handlowa“ eine Erklärung, in der die polnischen Pressemitteilungen von neuen brasilianischen Eisenbahnschienenbestellungen in Polen im Umfange von 17 000 Tz., die auf Kompensationsgrundlage im Austausch gegen Kaffeeinfuhr aus Brasilien zu liefern wären, dementiert werden. Ebling stellt fest, daß die brasilianische Regierung über den im November v. J. vergebenen Schienenauftrag im Umfange von 15 000 Tz. hinaus keine weiteren Bestellungen polnischer Eisenbahnen erteilt hat. Der einzige zustandgekommene Abschluß sei nicht auf Kompensationsgrundlage getätigt worden, vielmehr würden die polnischen Schienenlieferungen von der brasilianischen Regierung durch Dollarschecks nach New York begahrt. Zum Schluß wird in der Erklärung des brasilianischen Handelsbelegierten zu verstehen gegeben, daß Brasilien (das eine stark aktive Handelsbilanz Polen gegenüber hat) dem Gebanken eines Kompensationsvertrages mit Polen ablehnend gegenüber steht.

10 Prozent vermindert hat. Die Entwicklung des Absatzes von Kohlen und Erzeugnissen daraus ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Menge in Tz.		1933 1. Viertel 1932 ganzes Jahr	
Kohlen	6 706	28 683	
Inlandsverbrauch	4 464	18 300	
Verbrauch in Danzig	68	256	
Ausfuhr	2 174	10 107	
Pols	253	992	
Inlandsverbrauch	222	769	
Ausfuhr	31	233	
Erzeugnisse	58	195	
Inlandsverbrauch	55	188	
Ausfuhr	3	7	
Brunkohle	9	29	
Inlandsverbrauch	9	29	
Ausfuhr	—	—	

Beim Inlandsverbrauch an Kohlen zeigte sich neuerdings eine kleine Zunahme bei der Eisenindustrie und in Kokerien. Auch bei der chemischen Industrie und der Zementindustrie ist eine kleine Zunahme eingetreten, ein starker Rückgang jedoch bei der landwirtschaftlichen Industrie und der Textilindustrie. Eine größere Zunahme ergibt sich bei der Eisenbahnverwaltung.

Verhältnis circa 144 000 Tonnen ausmacht. Gegenwärtig wird Dänemark hauptsächlich von England (80 Prozent des gesamten Einfuhrkontingents) und von Deutschland mit Kohle beliefert. Das Einfuhrkontingent der polnischen Kohle betrug noch im Jahre 1932 dagegen nur 140 000 Tonnen.

Wie ergänzend hierzu aus Warschau gemeldet wird, sollen dort Vertreter englischer Kohlenkongerone eingetroffen sein, um mit der polnischen Kohlenindustrie Verhandlungen für einen wirtschaftlichen Austausch einzuleiten. Dieser Meldung zufolge seien die englischen Kohlengruben bereit, auf einen Teil des für sie entfallenden österreichischen Kontingents zu verzichten, um dafür einen entsprechenden Teil aus polnischen Gruben zu exportieren. Diese Kalkulation wäre für die englischen Grubeneinhaber wesentlich günstiger. Diese Meldung klingt aber angesichts der valutarischen Vorgänge zunächst noch rechtlich unglaubwürdig.

\* Der polnische Zudeport betrug in der Zeit vom 1. September 1932 bis zum 1. April 1933 insgesamt 50 566 Tz. wischen Zuder, wovon nach England 14 701 Tz., nach Schweden 9 250 Tz., nach Belgien 7 716 Tz. und im Transitverkehr über Danzig 8 885 Tz. gingen. Im Vergleich zur entsprechenden Kampagne 1931/32 hat sich der Zudeport beträchtlich verringert.

## Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Weiß) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten: 118—119; Auszahlung Berlin: 117—119; Dollarnoten: 4,36—4,40; Kabel New York: 4,38—4,42; Auszahlung London: 17,28—17,27.

Danziger Devisen		17. 5.	16. 5.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	—	—	17,28
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	—	—	17,32
„ Warschau 100 Zloty	57,27	57,38	57,40
„ New York 1 Dollar	—	—	—
„ Berlin 100 RM.	—	—	117,38
„ Paris 100 fr. Frank.	20,115	20,155	20,11 1/2
„ Helsinki 100 fm.	—	—	—
„ Stockholm 100 Kr.	—	—	—
„ Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—
„ Oslo 100 norw. Kr.	—	—	—
„ Amsterdam 100 hfl.	—	—	—
„ Zürich 100 Franken	98,60	98,60	98,60
„ Brüssel/Antwerpen	—	—	—
„ 100 Belg.	71,09	71,23	71,13
„ Wien 100 Schilling	—	—	—
„ Prag 100 Kr.	—	—	—

Noten:  
Poln. Noten 100 Zloty 57,27 57,385 57,31 57,42  
Dollarnoten 1 Dollar von 5—100 1 Dollar 4,3557 4,3643  
Reichsmark (100 RM.)

## Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert		17. 5. 33	16. 5. 33
Festverzinsliche Wertpapiere:			
a) ohne Zinsberechnung:			
7% Danziger Stadtanleihe von 1925	—	—	—
6 1/2% Danziger Staats- (Tabakmonopol)-Anleihe von 1927	—	—	—
5% Roggenrentenbriefe	—	—	—
b) mit Zinsberechnung:			
6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek.-Bank Kommunalobligationen	—	—	—
6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 1—9	62 1/2 bez. 3 gr. Stücke	62 1/2 bez. 3 gr. Stücke	62 1/2 bez. 3 gr. Stücke
6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 10—18	63 bez. 3 gr. Stücke	63 bez. 3 gr. Stücke	63 bez. 3 gr. Stücke
6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 19—26	—	—	—
6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 27—34	63 1/4 bez.	63 1/4 rpt. G	63 1/4 rpt. G
6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 35—42	63 1/4 bez.	63 bez.	63 bez.
6% (bisch. 6%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 1	—	—	—

Aktien:		Div. f. 1931	1932
Bank von Danzig	0%	0%	—
Danz. Priv.-Akt.-Bank	0%	—	—
Danz. Hypothekenbank	0%	—	—
Danziger Bank f. Handel und Gewerbe	0%	—	—
Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG	12%	9%	—

Anmerkungen:  
1) Kurs für 1 Zentner — 2) Kurs für 100 Gulden.  
Bezüglich der 7prozentigen Danziger Stadtanleihe 1925 und der 6 1/2prozentigen Danziger Tabakmonopolanleihe 1927 ist der Umräumungskurs mit 1 Pfund Sterling = 25 Gulden festgelegt.

## Berliner Produktenmarkt.

Som 17. Mai 1933.

Märk. Weizen 198—200; Mai 213—212,75; Juli 216 bis 215; Tendenz: matter. — Märk. Roggen 154—156; Mai 169,50—169; Juli 169,50—168,50; matter. — Braugerste —; Futter- und Industrieernte 168—176; Tendenz: ruhig. Märk. Hafer 136—140; Mai 142—143; Juli 149—149,25; matter. — Weizenmehl 23,50—27,75; stetig. — Roggenmehl 21,15—23,15; stetig. — Weizenkleie 8,80—9,00; stetig. — Roggenkleie 9,00—9,20. — Viktoriaerbsen 20,50—25,50. — Kleine Speiserbsen 19—21. — Futtererbsen 13—15. — Pelfuchsen 12,25—14. — Aderbohnen 12—14. — Widen 12—14. Lupinen, blaue 9,30—10,10. — Lupinen, gelbe 11,90—12,75. Geradella, neue 16,50—18. — Leinfuchsen 10,80. — Erdnussfuchsen, ab Hamburg 10,80. — Erdnussfuchsenmehl, ab Hamburg 10,40. — Erdnussfuchsel 8,60. — Extrahiertes Sojabohnenschnitzrot, ab Hamburg 9,30. — Extrahiertes Sojabohnenschnitzrot, ab Stettin 10,10. — Kartoffelflocken 13—13,10. — Allgemeine Tendenz: matter.

## Danziger Getreidebörse.

Weizen, 128 Pfund, 21,40; Weizen, 125 Pfund, 21,00; Weizen, 118 Pfund, 20,00; Roggen, Export, 10,75; Roggen Konsum 10,90; Gerste, feine 9,80—10,00; Gerste, mittel, 9,25 bis 9,60; Gerste, geringe 8,75—9,00; Hafer 8,40—9,00; Roggenkleie 6,90; Weizenkleie, grobe 6,45; Weizenkleie 6,65; Widen 7,50—8,10; Pelfuchsen 7,50—8,00 Gulden.

Mies Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nichtamtlich. Vom 17. Mai 1933.

Weizen hat im Preise nachgegeben. Mit 22,00 Gulden ist gute Ware angeboten. Roggen unverändert 11,00 Gulden. Futtermittel ebenfalls ruhiger.

Mais - Lieferung.

60 Proz. Roggenmehl 18,25 Gulden; Weizenmehl 0000 36,00 Gulden frei Bäckerei Danzig.

\* Passive Handelsbilanz Finnlands im April. Im April d. J. ist die finnländische Handelsbilanz zum erstenmal seit 23 Monaten wieder passiv geworden. Die Einfuhr betrug im Berichtsmontat 257 Mill. Fmk. gegenüber 222,7 Mill. im April 1932, die Ausfuhr 254,5 Mill. gegenüber 290,9 Mill. Die Passivität der Handelsbilanz betrug demnach 2,5 Mill., während die Bilanz im April 1932 mit 78,2 Mill. Fmk. aktiv war. In den ersten vier Monaten 1933 betrug die Einfuhr Finnlands 919,6 Mill. Fmk., die Ausfuhr 1039,6 Mill., der Ausfuhrüberschuß mithin 120 Mill. (gegenüber 381,6 Mill. im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres).

DANZIGER  
GEGR. 1821

SPARKASSEN-AKTION-VEREIN

MILCHKANNENGASSE 33-34

Bestmögliche Verzinsung von  
Gulden-Reichsmark-Dollar und Pfund

Berliner Devisen		17. 5.	16. 5.
Diskontsätze		Geld Brief	Geld Brief
6	Buenos Aires . 1 Pes.	0,853	0,857
6	Kanada . 1 Canad. St.	3,147	3,153
4 1/2	Japan . . . . . 1 Yen	0,869	0,871
7	Kairo . 1 ägypt. Pfd.	14,505	14,545
2	Konstantinopel 1 Pfd.	2,038	2,042
7	London . 1 Pfd. St.	14,125	14,135
3	New-York . 1 Dollar	3,626	3,616
7	Rio de Janeiro 1 Milreis	0,239	0,241
7	Uruguay 1 Gold Pes.	1,648	1,652
2 1/2	Amsterdam . 100 Fl.	169,58	169,92
9	Athen . 100 Drachmen	2,458	2,462
3 1/2	Brüssel-Antw. 100 Belg.	58,54	58,66
6	Bukarest . 100 Lei	2,488	2,492
4 1/2	Budapest . 100 Pengö	—	—
3	Danzig . 100 Gulden	82,27	82,32
6	Helsinki . 100 finnl. Mk.	6,274	6,286
6	Italien . 100 Lire	21,80	21,86
7 1/2	Jugoslawien 100 Dinar	5,195	5,205
7	Kannas Kown. 100 Lit.	42,26	42,31
3 1/2	Kopenhagen . 100 Kr.	63,04	63,16
6	Lissabon . 100 Escuto	12,89	12,91
2 1/2	Oslo . 100 Kr.	71,83	72,23
3 1/2	Paris . 100 Fr.	16,53	16,59
3 1/2	Prag . 100 Kr.	12,69	12,71
7 1/2	Reykjavik . 100 Kr.	63,94	63,94
5 1/2	Riga . 100 Lats	73,18	73,18
2	Schweiz . 100 Fr.	81,12	81,32
8	Sofia . 100 Leva	3,047	3,057
3 1/2	Spanien . 100 Pes.	35,96	36,06
4 1/2	Stockholm . 100 Kr.	72,78	73,18
Talinn (Reval Estd.)		110,39	110,61
100 estn. K.		45,45	45,55
5 Wien . 100 Schilling		45,45	45,55

(Ohne Gewähr)  
Mitgeteilt von der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, Filiale Danzig, Depositentkasse, am Hauptbahnhof.

Berliner Effekten		17. 5.	16. 5.
Deutsche Anl.-Ausl.-Sch.			
einschl. 1/2 Ablös.-Sch. Nr. 1—90 000		75.12	74 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Dtsch. Anl. Ablösungssch. ohne			
Auslosungsschein		12.21	11.75
Commerz- und -Privat-Bank		51.—	52.—
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellsch.		58.50	60.—
Dresdner Bank		58.—	59.—
Reichsbank		128.—	127.75
Hamburg-Amerika-Linie		18.21	18.—
Hamburg-Südamerika-Linie		—	—
Norddeutscher Lloyd		19.5	19.—
A. E. G.		26.62	26 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Berliner Kraft- u. Lichtzentrale		109.7	108.—
Buderus Eisenwerke		79.—	76.—
Charlottenburger Wasserwerke		76.21	74.25
Dessauer Gas		112.21	109 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Elektr. Licht und Kraft		114.—	111.50
I. G. Farbenindustrie		131.87	128.—
Feldmühle Papier		70.5	71.—
Gelsenkirch. Bergwerk		65.71	65.25
Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co		93.51	98 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Th. Goldschmidt		54.—	52 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Harpener Bergbau		100.875	98.50
Philipp Holzmann		61.—	59.50
Mannesmannröhren		76.—	75 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Mansfelder Bergbau		29.50	28 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Oberschlesische Kokswerke		88.87	86.50
Phönix Bergbau		43.625	42 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Rütgerswerke		57.875	56.25
Schuckert & Co.		113.50	110.25
Leonhard Tietz		24.—	22.—
Zellstoff Waldhof		53.—	50.75

Auf zum Massenaufmarsch  
am nächsten Sonntag im  
Friedrich - Wilhelm - Schützenhaus.

Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitschaft der anderen Staaten, die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen, um ihrem vollständig unmissverständlichen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu bewahren.

Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, siele zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zu leide tut, mit solchen Mitteln kämpfen. Jeder solche Versuch, jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge, könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besteht aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht auf-

Seit dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend

Nachdem der Kanzler geendet hatte, erhoben sich die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion von ihren Plätzen und brachten immer wieder stürmische Heilrufe auf den Kanzler aus.

die Hitler sagt: „Wir wollen Frieden“, „Gewalt  
die Dinge nur schlimmer machen“, „Ein neuer  
würde Wahnsinn sein“. Ein Plakat des Abend-

W. W. Warhan, 18. Mai. Die gesamte polnische Regierungspresse nimmt heute zur gestrigen Rede des Reichszanzlers Stellung, wobei eine gewisse Skepsis in der Beurteilung charakteristisch ist. So meint die offiziöse „Gazeta Polska“, daß zwischen der gestrigen Erklärung des Reichszanzlers und den Anforderungen Herrn von Neuraths ein Widerspruch stehe. Weiter meint das Blatt, daß die Worte Stiers über die Einstellung des zeitgenössischen Deutsch- und zu den anderen Völkern nicht in Einklang gebracht werden könnten mit der hervorragenden Rolle Rosenbergs, dessen in zahlreichen Büchern, Vorträgen und Artikeln niedergelegten Gedanken etwas ganz anderes sagten. Zum Schluß zeigt sich dann das Blatt merkwürdigerweise noch darüber erstaunt, daß der Reichszanzler von den letzten 14 Jahren als von einer Zeit spreche, in der die im Weltfrieden be-

**Es sei gesagt mit wenig Worten  
Warum man Chlorodont benutzt:  
Das Wort ist ein Begriff geworden  
Für den, der richtig Zähne putzt.**



# Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

[www.digital-center.pl](http://www.digital-center.pl)

[biuro@digital-center.pl](mailto:biuro@digital-center.pl)

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**

**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**